

„Einigkeit und Recht und Freiheit“



**Zur Geschichte der deutschen Demokratie
und ihren Spuren in Recklinghausen**



**Ruhrfestspielstadt
RECKLINGHAUSEN**

- 1 Ein Wort zuvor
- 2 Freiherr vom Stein und die kommunale Selbstverwaltung
- 3 Die Nationalhymne: Das „Lied der Deutschen“
- 4 Schwarz-Rot-Gold, die Flagge der Freiheits- und Einheitsbewegung
- 5 Keine Demokratie ohne Freiheit der Presse
- 6 Das Recht auf freie Wahlen und die erste deutsche Revolution von 1848
- 7 Pape, Nieberding und das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB)
- 8 Reichspräsident Friedrich Ebert und die Weimarer Republik
- 9 Mitgestalter der demokratischen Gesellschaft: Die Gewerkschaften
- 10 Die Polizei als „treue Dienerin der Republik“
- 11 Stresemann – Staatsmann der Weimarer Republik
- 12 Die deutsche Katastrophe: Der Nationalsozialismus
- 13 Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus
- 14 Die Brücke – vom Lernort zum Institut
- 15 Das Grundgesetz, Helene Weber und die Gleichberechtigung der Frau
- 16 Theodor Heuss: Erster Präsident der Bundesrepublik Deutschland und Gast in Recklinghausen
- 17 Vom Heldenmythos zur Friedenspolitik
- 18 „Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit“
- 19 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft
- 20 Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953: Ein historischer Tag der Deutschen
- 21 Das Ruhrfestspielhaus: “Eine Burg freiheitlichen Seins“
- 22 Deutsche Teilung – Deutsche Einheit: Ein Fragment der Berliner Mauer in Recklinghausen
- 23 Die Städtepartnerschaft Recklinghausen–Schmalkalden: Ein kommunaler Beitrag zum Gelingen der deutschen Einheit
- 24 Roman Herzog: Präsident des Bundesverfassungsgerichts und erstes Staatsoberhaupt im vereinten Deutschland
- 25 Deutschland und die Europäische Integration
- 26 Der „demokratische und soziale Rechtsstaat“
- 27 „Einigkeit und Freiheit – ein Land wächst zusammen
- 28 Straßen-, Gebäudenamen, Skulpturen, Bilder ...

Impressum

Herausgeber Stadt Recklinghausen, Der Bürgermeister

Verantwortlich für den Inhalt Matthias Kordes, Georg Möllers, Jürgen Pohl

Fotos Stadt Recklinghausen; Dirk Malessa, Recklinghausen; Thomas Nowaczyk, Medienhaus Bauer, Marl; Veranstaltungsagentur Prinz, Recklinghausen; Georg Möllers, Reiner Kruse, Birgit Malik

Titelfoto Reichstagsgebäude © pixabay.com

Gestaltung Unica Design, Recklinghausen

Druck Schützdruck, Recklinghausen

Zweite, erweiterte Auflage, Recklinghausen 2019



Ein Wort zuvor

„Wer die Demokratie liebt, wird sie schützen“

Bundespräsident Joachim Gauck, 18. Januar 2017

In seiner letzten Rede griff Bundespräsident Joachim Gauck noch einmal die Grundidee seiner Präsidentschaft auf: Die zentrale Bedeutung der Freiheit für jede demokratische Gesellschaft. Und dies im doppelten Sinne:

Die grundlegende Legitimation eines Staates und jeder Staatsgewalt ist es, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu bewahren. Und zwar eine Freiheit, auf die jedes Individuum aufgrund seiner Menschenwürde einen Anspruch hat. Nicht der Staat gewährt Gewissens-, Meinungs-, Presse- oder Religionsfreiheit, sondern er hat die Pflicht, diese Menschenrechte zu schützen.

Umgekehrt bedeutet diese Freiheit für jeden Menschen Verantwortung: Verantwortung tragen für sich, für den eigenen Lebensweg und ebenso Verantwortung für die Mitmenschen, das gesellschaftliche Leben und für den demokratischen Staat.

Eine „Republik ohne Republikaner“ wie die Weimarer Republik in ihrer Endphase genannt wurde, wird von den Feinden der Freiheit zerstört. Gaucks leidenschaftlicher Aufruf zum Engagement für die Demokratie entstand in dem „Bewusstsein, dass diesem demokratischen und stabilen Deutschland auch Gefahren drohen. Und dass große Anstrengungen notwendig sein werden, um es für die Zukunft stark zu machen.“

Die wenigsten Menschen auf unserem Globus konnten und können sich demokratischer Freiheitsrechte erfreuen. Auch der erste Versuch eines liberalen Verfassungsstaates, die Verfassung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, scheiterte schon 1849 an der Macht der Fürsten und der Militärs.

Die großartige Weimarer Verfassung von 1919 verlor angesichts ihrer links- und rechtsradikalen Feinde die Unterstützung der Bevölkerung und wurde 1933 durch den NS-Führerstaat brutal zerstört.

Nie gab es in der deutschen Geschichte eine längere Phase von Freiheit, Frieden und Wohlstand als in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949. Das ist keine Selbstverständlichkeit – weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart. Und auch viele unserer Landsleute leben ja erst seit 1989 in dieser Freiheit. Wir haben allen Grund dankbar zu sein – und verantwortungsbewusst. Der Schutz der Demokratie für uns und die nächste Generation liegt in unserer Verantwortung.

Die vorliegende Publikation gibt einen Überblick über das Engagement von Menschen, die „die Demokratie liebten“ und sich für ihre Durchsetzung oder ihren Schutz engagierte. Ihre Spuren und die Spuren demokratischer Entwicklungen finden sich auch in unserer Stadt.

Freiherr vom Stein und die kommunale Selbstverwaltung

Unsere heutige kommunale Selbstverwaltung geht auf einen langen Kampf um die Durchsetzung der bürgerlichen Rechte zurück. Bereits im Mittelalter hieß es: „Stadtluft macht frei“, womit zum Ausdruck kommen sollte, dass das Stadtbürgerrecht die Menschen von den Fesseln der feudalen Leibeigenschaft befreite. In der neueren Zeit verbindet sich die kommunale Selbstverwaltung in erster Linie mit den Reformen des Heinrich Friedrich Karl Freiherrn vom und zum Stein (1757-1831), insbesondere mit der von ihm konzipierten preußischen Städteordnung von 1808, die in aktualisierter Form 1856 auch in Westfalen eingeführt wurde. Nach diesem bedeutenden preußischen Minister und Politiker, der den Städten Freiräume für eigenverantwortliche Gestaltung des kommunalen Lebens schaffen wollte, ist in Recklinghausen ein Gymnasium benannt. Seine Büste ist im Erdgeschoss des Rathauses zu sehen.

Das Grundgesetz greift diese Tradition auf. Ausdrücklich garantiert es die kommunale Selbstverwaltung in den Städten, Gemeinden und Kreisen: Die Kommunen sind nicht die unterste Ebene der staatlichen Hoheit, sondern Organismen, die mit Bürgernähe ihre eigenen Belange weitgehend selbst organisieren dürfen. Alle Städte, Gemeinden und Kreise müssen demokratisch organisiert sein. Das Gemeinderecht ist Sache der Länder; die Kommunalverfassungen sind aus historischen Gründen von Land zu Land unterschiedlich. Die kommunale Verwaltungspraxis ist jedoch in allen Ländern ähnlich. Das Selbstverwaltungsrecht umfasst vor allem den öffentlichen Nahverkehr im kommunalen Bereich, den örtlichen Straßenbau, die Versorgung mit Strom, Wasser und Gas, die Abwasserentsorgung und die städtebauliche Planung. Hinzu kommen der Bau und die Unterhaltung von Schulen, Theatern und Museen, Krankenhäusern, Sportstätten und Bädern.

Die Gemeinden sind auch für die Erwachsenenbildung und die Jugendpflege zuständig. Diese Aufgaben nehmen die Städte und Gemeinden weitgehend eigenständig und eigenverantwortlich wahr. Viele der örtlichen Aufgaben



Schuf das Modell für die moderne kommunale Selbstverwaltung in Deutschland: Freiherr vom Stein.

Foto: Stadt Recklinghausen

übersteigen die Kraft der Gemeinden und kleineren Städte. Diese können vom Kreis, der nächsthöheren Gebietskörperschaft, übernommen werden. Auch der Kreis mit seinen demokratisch gewählten Organen ist Teil der kommunalen Selbstverwaltung. Die größeren Städte gehören keinem Kreis an, sie sind „kreisfrei“.

Die kommunale Selbstverwaltung eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern die Chance der Mitwirkung und Kontrolle. Sie können mit ihren gewählten Gemeindevertretern auf Bürgerversammlungen sprechen, den Haushaltsplan einsehen oder über neue Bauvorhaben diskutieren. Die Städte und Gemeinden sind die kleinsten Zellen des politischen Gemeinwesens. Sie müssen sich lebendig weiterentwickeln, damit Freiheit und Demokratie in Staat und Gesellschaft Bestand haben.

Die Nationalhymne: Das „Lied der Deutschen“

Die Anregung, das Deutschlandlied zu schreiben, bekam der deutsche Freiheitsdichter Heinrich Hoffmann von Fallersleben auf einer Schiffsreise von Hamburg nach Helgoland. An Bord des Schiffes spielte die Kapelle für die Franzosen die *Marseillaise*, für die Briten ertönte *God save the King*, für die Deutschen aber blieben die Bläser stumm. Diese Situation empfand der politisch engagierte Passagier als schmerzlich. An seinem Reiseziel angelangt, verfasste er am 26. August 1841 auf der damals noch zu Großbritannien gehörigen Klippeninsel den Text des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“. Sein Hamburger Verleger Campen kaufte ihm am 29. August 1841 das Manuskript für vier Louisdor ab. Mit Hoffmanns Zustimmung unterlegte er dem Text die Melodie von Haydns Kaiserquartett. Sie stammt ursprünglich aus der 1797 entstandenen Komposition von Joseph Haydn, die als Hymne „Gott erhalte Franz, den Kaiser“ für den damaligen Kaiser Franz II. von Habsburg verfasst wurde.

Im Vormärz viel gesungen, begleitete das Lied auch die unruhigen Tage der Märzrevolution von 1848. Es wurde insgesamt 58 mal vertont, aber die Melodie Haydns setzte sich schließlich durch. Im Verständnis der damaligen Zeit gab das Lied die Sehnsucht der Deutschen nach Freiheit und staatlicher Einigkeit wieder. Die Zeile „Deutschland, Deutschland über alles“ steht nicht, wie später vielfach und absichtsvoll missverstanden, für nationale Überheblichkeit gegenüber anderen Ländern, sondern für das Empfinden, dass es das wichtigste sei, bevor politische Freiheit überhaupt errungen werden könne, aus der Kleinstaaterei des Deutschen Bundes (1815–1871) ein einiges Vaterland werden zu lassen. Auch die Passage „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ war keine Aufforderung

zu kriegerischer Eroberung, sondern schlichte Realität: So weit reichten nämlich 1841 die deutschsprachigen Länder, zu denen natürlich auch Österreich zählte.

Am 11. August 1922 erklärte Reichspräsident Friedrich Ebert das Lied zur Nationalhymne der Weimarer Republik. In der Zeit des Nationalsozialismus (1933-1945) war es üblich, nur seine erste Strophe zu singen. Obwohl von 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik verboten, wurde das „Lied der Deutschen“ 1952 zur Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland. In einer Erklärung der Bundesregierung vom 8. Mai 1952 heißt es: „Es ist daher davon auszugehen, dass das Deutschlandlied als Ganzes Bundeshymne ist, jedoch aus staatspolitischen Gründen nur die dritte Strophe gesungen wird“. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

*Das Lied der Deutschen:
Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland!
Danach lasst uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand.
Blüh' im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland.*

Die „Neue Philharmonie Westfalen“ spielte am 23. Mai 2009 die Nationalhymne bei einer Festversammlung zum 60-jährigen Bestehen des Grundgesetzes in der Maschinenhalle der ehemaligen Zeche „Recklinghausen II“ in Hochlarmark Foto: Medienhaus Bauer, T. Nowaczyk



Schwarz-Rot-Gold, die Flagge der Freiheits- und Einheitsbewegung



Bei Welt- und Europameisterschaften sind zur Unterstützung der deutschen Fußball-Nationalmannschaft viele Plätze „schwarz-rot-gold“ gefärbt – wie auch 2010 beim Public Viewing vor dem Recklinghäuser Rathaus.

Foto: Veranstaltungsagentur Prinz, Recklinghausen

Die Flagge „Schwarz-Rot-Gold“ ist seit 200 Jahren ein Symbol der Freiheits- und Einheitsbewegung der Deutschen: In den sog. Freiheitskriegen (1813-15) gegen die Herrschaft Napoleons trugen die Freiwilligen des Freicorps Lützow diese Farbkombination an ihren Uniformen. Nach dem Wiener Kongress 1815, der die Kleinstaaten der deutschen Fürsten wieder errichtete, übernahmen die Turnerbewegung und viele Studentenverbindungen (sog. Burschenschaften) die Farben als Zeichen gegen diese Kleinstaaterei. Beim Studentenfest auf der Wartburg im Jahre 1817 wurden Freiheitsrechte gefordert und erstmals eine Schwarz-Rot-Goldene Fahne getragen. Aufgegriffen wurden dabei die Farben der Reichsfahne des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Interpretiert wurden sie nun im Sinne

des politischen Ziels: Der Sieg des Lichts der Freiheit (Gold) durch den Kampf (Rot) gegen die Unterdrückung (Schwarz), so dass sie bei der großen demokratischen Volksversammlung auf dem Hambacher Schloss 1832 als Trikolore auch in dieser Reihenfolge gezeigt wurde. In Hambach verband sich die deutsche mit der polnischen und anderen Freiheitsbewegungen und der Idee eines demokratischen Europas.

Der erste Versuch, die Unterdrückung dieser Freiheits- und Einheitsbewegung abzuschütteln, war die deutsche Revolution 1848/49: Die Barrikaden der Freiheitskämpfer in Berlin, der Hauptstadt Preußens, trugen ebenso die Fahne wie der Stephansdom in Wien, der Hauptstadt Österreich-Ungarns. Bei Einberufung der Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt am 18. Mai 1848 waren die Straßen Schwarz-Rot-Gold geschmückt, und am 12. November 1848 beschloss die Nationalversammlung die Übernahme der Fahne. Nach der Niederschlagung der Revolution und der Auflösung des Parlaments 1849 wurde sie in vielen Staaten ausdrücklich verboten. Das Kaiserreich (1871-1918) gab sich die Farben Schwarz-Weiß (Preußen) und Rot (Hansestädte).

Erst nach der Revolution vom 9. November 1918 beschloss die Nationalversammlung in Weimar 1919 mit Mehrheit die Einführung der Fahne für die demokratische Republik (1919-1933). In der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur (1933-45) wurde sie verboten und durch die schwarz-weiß-rote Hakenkreuzfahne ersetzt. Das am 23. Mai 1949 im Parlamentarischen Rat verabschiedete Grundgesetz führte Schwarz-Rot-Gold als Fahne für die demokratische Bundesrepublik Deutschland wieder ein. Auch die DDR übernahm 1949 diese Fahne, ergänzte sie aber 1959 durch das Staatswappen mit Hammer, Zirkel und Ähren. Die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 am Reichstagsgebäude in Berlin wurde in der demokratischen Tradition unter der Fahne der Freiheits- und Einigungsbewegung begangen.

Keine Demokratie ohne Freiheit der Presse

Art 5. (1) „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Was sich da im Sinne unserer heutigen Demokratie wie selbstverständlich im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland liest, hat eine lange und mit vielen Opfern verbundene Geschichte – auch in Recklinghausen.

Seit Anfang der 1840-er Jahre politisierte sich das Recklinghäuser Bürgertum zunehmend. Allmählich schienen sich die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Die politische Enge der vergangenen Jahrzehnte löste sich ebenso wie die jahrhundertelange religiöse Isolation. Auswärtige, vor allem rheinische Zeitungen, die liberales Gedankengut vermittelten, wurden begeistert gelesen. Mutige und kluge Aufsätze veröffentlichte aber auch das „Wochenblatt für den Kreis Recklinghausen“, seit 1831 von Joseph Bauer herausgegeben und bis 1848 einzige Zeitung des Vestes. In seiner Neujahrsausgabe 1845 brachte das Blatt einen weit über die Stadtgrenzen hinaus beachteten Beitrag über die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung heraus, der wahrscheinlich aus der Feder des Recklinghäuser Arztes Dr. Franz Schneider stammte: Städteordnung und Kreisstände sollten die Schule sein, in der das Volk allmählich zur Wahrnehmung und Vertretung seiner Interessen befähigt werde und eine Zeitung müsse das Recht haben, alle Einwohner mit den Angelegenheiten der Heimatstadt vertraut zu machen.

Noch im selben Jahr druckte das Blatt ein „Bürgerlied“ mit offen revolutionärer Gesinnung ab. Die Vertreter der demokratischen Revolution von 1848 und der Forderungen nach Freiheit der Presse und des Wortes waren der oben genannte Dr. Schneider, Regierungsrat Franz Bracht, sein gleichnamiger Sohn, der ein Spitzenvertreter der westfäli-

schen Demokraten war, dessen Vettern Felix und Prosper. Auch Wilhelm Bitter zählte dazu, der zum Jahrestag der Berliner Straßenkämpfe vom 18. März auf dem Marktplatz in Recklinghausen vor 800 Zuhörern eine flammende Rede hielt: „Die Diener der Gewalt haben unseren Jubel mit stillem Ingrimmbenedict. Rache schnaubend, lauerten sie bisher auf die Gelegenheit, den Absolutismus wieder einzuführen. Manches ist diesen Trägern des Gottesgnadentums schon gelungen; allein jene ruhmvollen Erinnerungen und unsere ewige Dankbarkeit gegen diejenigen zu vertilgen, die mit ihrem Blut den Kaufpreis an den Toren der Freiheit errichtet haben, wird ihnen nicht gelingen!“

Mit der niedergeschlagenen Revolution und der einsetzenden Reaktion verstummten auch die Freiheitsreden von Bracht, Bauer und Bitter. Letzterer verbüßte für sie sogar eine Freiheitsstrafe von drei Monaten Gefängnis, hinzu kamen der Verlust der Nationalkokarde und seiner militärischen Abzeichen. Das lange Ringen um Demokratie und Pressefreiheit fand seinen vollen Erfolg erst mit der Revolution von 1918/19 und ihrer Verankerung in der Weimarer Reichsverfassung. 1933 wurde die Pressefreiheit erneut ein Opfer der Gewaltherrschaft, diesmal der Nationalsozialisten. Die „Recklinghäuser Zeitung“ des Bauer-Verlages und die „Recklinghäuser Volkszeitung“ der Vestischen Druck- und Verlags AG (mit weiteren sieben Tageszeitungen im Vest) standen unter Beobachtung und Zensur. „Verlagsdirektor Bitter ist ein Staatsfeind!“ titelte die Nationalzeitung am 16. März 1934 und begann eine Kampagne wirtschaftlicher und persönlicher Existenzvernichtung. Viermal wurde Bitter verhaftet mit dem Ziel, den Verleger zur Übereignung von Zeitung und Verlag zu zwingen. Nach dem Krieg entwickelte sich die Zeitungslandschaft allmählich unter der Aufsicht der Alliierten neu, bis die Pressefreiheit erneut 1949 und diesmal dauerhaft bis heute festgeschrieben wurde.



„Die unartigen Kinder“
Karikatur auf die
Unterdrückung von Rede-
und, Pressefreiheit,
Verfassungs- und
Petitionsrecht

(„Illustrierte Zeitung“, 1849)

Das Recht auf freie Wahlen und die erste deutsche Revolution von 1848

Die unter **Denkmalschutz** stehende, 1666 fertiggestellte Klosterkirche der Franziskaner, heute Gymnasialkirche genannt, hat eine bewegte Geschichte. Das Kloster war Tagungsort des Vestischen Landtages ein der Zeit des Kurfürstentums Köln und wurde ab 1794 Sitz des vor den französischen Truppen aus Bonn geflüchteten letzten kurfürstlichen Hofrats und der Polizeiverwaltung. Die Ordensgemeinschaft nahm bereits nach der Französischen Revolution geistliche Emigranten auf. Die Franziskaner leiteten 1730 bis 1820 auch das Gymnasium, ehe es in eine Höhere Stadtschule und ab 1829 in das Preußische Gymnasium umgewandelt wurde, das im ehemaligen Klostergebäude untergebracht wurde.



Die Gymnasialkirche des Petrinum wird beim alljährlich im Herbst stattfindenden Fest „Recklinghausen leuchtet“ in buntes Licht getaucht.

Foto: Dirk Malessa, Recklinghausen

Auf dem Weg zur **städtischen Selbstverwaltung** spielte die Kirche eine bedeutende Rolle. Hier hatten, eingeleitet durch einen Gottesdienst, am 24. April 1836 die ersten Kommunalwahlen der modernen Stadtgeschichte stattgefunden. 272 Wahlberechtigte wählten die 12 Stadtverordneten.

Am **1. Mai 1848** war es eines von vier Wahllokalen, die die Wahlmänner für die späteren Abgeordneten der Nationalversammlung wählen sollten. Nach dem Ausbruch der Februarrevolution 1848 in Paris griff die revolutionäre Stimmung auch auf die deutschen Staaten über. Unter dem Eindruck der Barrikadenkämpfe in Berlin erklärte sich König Friedrich Wilhelm IV. zur Ausschreibung von Wahlen für eine preußische Nationalversammlung bereit, die eine Verfassung entwerfen sollte.

Die **Frankfurter Nationalversammlung**, die vom 18. Mai 1848 bis zum 31. Mai 1849 in der Frankfurter Paulskirche tagte, war das erste frei gewählte Parlament für ganz Deutschland. Ihr Zustandekommen war Bestandteil und Ergebnis der Märzrevolution in den Staaten des Deutschen Bundes. Die Paulskirche ist als „Wiege der Deutschen Demokratie“ das nationale Symbol für Freiheit und Demokratie in Deutschland schlechthin. Die Versammlung erarbeitete in langen und kontrovers geführten Debatten die auf Prinzipien der parlamentarischen Demokratie beruhende so genannte Paulskirchenverfassung.

Diese **Verfassung beinhaltete** wesentliche Forderungen der seit 1815 zum System der Restauration in Opposition stehenden liberalen und nationalstaatlichen Bewegung aus der Zeit des Vormärz. Sie sah unter anderem einen Katalog von Grundrechten sowie eine konstitutionelle Monarchie mit einem Erbkaisertum an der Spitze vor. Die Nationalversammlung und die von ihr ausgearbeitete Verfassung scheiterten an der Weigerung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV., die ihm angetragene Kaiserwürde anzunehmen. Wesentliche Teile des Verfassungswerkes wurden jedoch im 20. Jahrhundert zum Vorbild für die Weimarer Reichsverfassung von 1919 und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von 1949.

Pape, Nieberding und das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB)

Zum geordneten Zusammenleben von Menschen gleich welcher Nationalität, Religion oder sozialen Zugehörigkeit gehört eine allgemeingültige Rechtsordnung, welche die Verhältnisse zwischen gleichgestellten Personen auf gerechte und ausgewogene Weise regelt. Einem solchen Recht freier, selbstständiger und gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger, die ihre privaten, familiären und geschäftlichen Beziehungen einvernehmlich und selbstverantwortlich gestalten, entspringt die Idee des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

Das Werk als solches ist viel älter als die Bundesrepublik. Die Vorstellung, dass die deutsche Nation die kompakte Zusammenfassung eines gemeinsamen und einheitlichen Rechts benötige, entstammt dem frühen 19. Jahrhundert. Es handelt sich um diejenige Epoche, in welcher auch Heinrich Hoffmann von Fallersleben das „Lied der Deutschen“ dichtete und in der die Deutschen noch gar nicht in einem gemeinsamen Staat zusammenlebten. Das damalige Deutschland bestand ja aus einem Staatenbund vieler Monarchien, Fürstentümer und Kleinstaaten, zahlreiche unterschiedliche Normen und Gesetze erschwerten die Rechts- und Geschäftsbeziehungen der Menschen untereinander.

Erst nachdem 1871 ein erster deutscher Nationalstaat gegründet wurde, machten sich namhafte Rechtswissenschaftler aus ganz Deutschland ans Werk: Mehrere Kommissionen tagten Jahrzehnte lang, bis nach drei Entwürfen endlich das Ziel einer abschließenden, erschöpfenden Aufzeichnung des Bürgerlichen Rechts erreicht war: Am 1. Januar 1900 trat das lange erwartete Rechtsbuch in Kraft, das in 2385 Paragraphen alles erfassen sollte, was Menschen an verbindlichen Regeln für einen Ausgleich ihrer widerstreitenden Interessen, für die Geltendmachung ihrer berechtigten Ansprüche, für ein geordnetes Miteinander im Rechts- und Geschäftsalltag benötigen: Die wichtigsten Materien des BGB regulieren das Recht von Personen und Vereinen, das Wesen und die Arten der Rechtsgeschäfte,

die Schuld- und Vertragsverhältnisse, die Freiheit des Eigentums und das Recht des Besitzes, das Erbrecht, auch Fragen der Ehe und Familie gehören dazu.

Zu den prominenten Juristen, die am Ende des 19. Jahrhunderts in den vorbereitenden Kommissionen an der Entstehung des BGB arbeiteten, gehörten Eduard Heinrich Pape (1816-1888) und Arnold Nieberding (1838-1912). Pape entstammte einer alten westfälischen Juristenfamilie und legte 1834 am Gymnasium Petrinum in Recklinghausen seine Abiturprüfung ab, um anschließend ein Jura-Studium in Bonn bzw. Berlin und eine außerordentliche Karriere als Rechtswissenschaftler und Richter zu beginnen. Als er in die Kommission für die Ausarbeitung des BGB berufen wurde, war er Präsident des Reichsoberhandelsgerichts, des höchsten deutschen Gerichts für Streitfälle des Wirtschafts- und Unternehmensrechts. Nieberding, 1856 ebenfalls Abiturient des Petrinum, 1893-1909 Reichsjustizminister, übernahm ab 1891 die Arbeiten der Kommission, schloss sie ab und setzte sie in den schwierigen Debatten mit dem Reichstag durch. Nach 1900 galten Pape und Nieberding als „Väter“ des BGB, das aufgrund seiner überzeugenden Konzeption und wegen seiner hohen juristischen Qualität Vorbild für ähnliche Gesetzbücher in Österreich, Ungarn, Brasilien, Peru und Japan wurde.

Die Stadt Recklinghausen benannte schon 1929 Straßen nach Pape und Nieberding; das Amtsgericht Recklinghausen, das seit 1877 diesen Namen trägt, ist die erste Instanz, die sich – auf Grundlage des BGB – der Rechtsstreitigkeiten zwischen den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt annimmt. Das BGB, das sämtliche politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts überstanden hat, gehört – wie auch das Grundgesetz – zu den Grundlagen des Zusammenlebens der Menschen in Deutschland.



Im Amtsgericht Recklinghausen (eingrichtet 1877) wird seit 1900 auf Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuches Recht gesprochen.

Foto: Stadt Recklinghausen

Reichspräsident Friedrich Ebert und die Weimarer Republik

Friedrich Ebert (1871–1925) war das erste demokratisch legitimierte Staatsoberhaupt in der deutschen Geschichte. Er stand an der Spitze der ersten deutschen Republik, der sog. Weimarer Republik, die am Ende des Ersten Weltkrieges aus dem Zusammenbruch des Kaiserreiches hervorgegangen war und sich von Anfang an gegen massive Angriffe von rechts- wie linksradikalen Gegnern zu wehren hatte. Nicht das von gewalttätigen Unruhen geprägte Berlin, sondern die thüringische Stadt Weimar, in der um 1800 die beiden berühmtesten deutschen Dichter, Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller, wirkten, wurde 1919 zum Ort einer deutschen Nationalversammlung, die eine neue, demokratische Verfassung erarbeitete: Erstmals waren die Grund- und Menschenrechte Teil einer gesamtdeutschen Verfassung, Frauen hatten die gleichen politischen Rechte wie Männer, der Reichstag, das in freien Wahlen einberufene Parlament der Republik, hatte erstmals auch weibliche Abgeordnete und konnte gegenüber den Regierenden umfangreiche Rechte geltend machen.

Am Ende des Ersten Weltkrieges, im Verlaufe dessen Ebert zwei Söhne verlor, war er zunächst zum Reichskanzler ernannt worden, nachdem der monarchische Staat abgedankt hatte und neue Kräfte das von inneren und äußeren Feinden bedrohte Schicksal Deutschlands in die Hand nehmen mussten. Ebert, der an der Spitze der SPD, der ältesten demokratischen Partei in Deutschland, stand, sich seit 1889 in der Gewerkschaftsbewegung engagierte und seit 1911 bereits Reichstagsabgeordneter war, sorgte mit seiner provisorischen Regierung im Winter 1918/19 auch mit militärischen Mitteln für die Stabilisierung der politischen Verhältnisse.

Besagte Weimarer Nationalversammlung wählte Ebert im Februar 1919 zum Präsidenten der Republik, die alle verfassungsrechtlichen Voraussetzungen entwickelte, Deutschland in eine friedliche und demokratische Zukunft zu führen, wenn es von 1919 bis 1933 nur genug Demokraten gegeben hätte, die diese Republik unterstützt hätten.

Ebert hatte in seinem Amt nicht nur repräsentative Funktionen auszuüben, sondern war mit erheblichen Macht- und Gestaltungs Kompetenzen ausgestattet. Er hatte maßgeblichen Anteil daran, dass der neue Staat nicht schon in den ersten Jahren seines Bestehens an inneren Widersprüchen und Konflikten zugrunde ging. Eberts unerwartetes Ableben war ein unersetzlicher Verlust für die noch junge deutsche Demokratie, die schon wenig später ihrem Untergang entgegensah. Sein reaktionärer Amtsnachfolger, der ehemalige Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, verhalf im Januar 1933 Hitler zur Macht.

Ebert war ein deutscher Patriot, der bis zu seinem Tod im Februar 1925 sein Leben in den Dienst eines demokratischen Deutschland gestellt hat. Sein Portrait zielt also aus gutem Grund den Großen Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Recklinghausen. Er ist dort nach einer berühmten, vermutlich um 1921 entstandenen Fotografie Emil Biebers, eines jüdischen Fotografen aus Hamburg, abgebildet, dessen Atelier sich ab 1903 zu einem der bedeutendsten Fotostudios für Porträtaufnahmen prominenter Persönlichkeiten entwickelt hatte: Das Gemälde zeigt den Reichspräsidenten noch mit schmalen Kinnbart, den er erst im Juni 1922 ablegte. Ebert wird nach traditioneller Beamten- und Minister-Ikonographie in Szene gesetzt, d.h. am Schreibtisch sitzend und mit Schreibutensilien an der Hand: Nicht eine Aura von Unnahbarkeit, Monumentalität und Machtfülle, sondern ein schlichtes Pflichtenethos, das die Amtsperson ganz in den Dienst am Staat stellt, wird damit zum Ausdruck gebracht.



Friedrich Ebert, der erste Sozialdemokrat an der Spitze Deutschlands: zeitgenössisches Portrait im Großen Sitzungssaal des Rathauses

Foto: Stadt Recklinghausen

Mitgestalter der demokratischen Gesellschaft: Die Gewerkschaften

Recklinghausen wurde im Verlaufe des 19. Jahrhunderts von einer kleinen Ackerbürgerstadt in das Industriezeitalter katapultiert. Zechen und große Betriebe schossen ab ca. 1870 wie Pilze aus dem Boden. Massen von Arbeitern aus aller Herren Länder sprengten die alten Gesellschafts- und Berufsstrukturen. Neue Fronten zwischen den Klassen entstanden: Hier die Besitzer der Gruben, Fabriken und Betriebe, deren Gewinnstreben die Ausbeutung der Arbeitskräfte nur allzu oft ins Unverantwortliche trieb. Auf der anderen Seite die Arbeiter, die allmählich erkannten, dass sie nur dann eine Chance auf Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen hatten, wenn sie sich zusammenschließen zu großen Arbeitnehmerorganisationen, den Gewerkschaften.

Diese Erkenntnis gewannen sie vor allem im großen Bergarbeiterstreik des Ruhrgebietes im Mai 1889. Er erfasste auch die Zechen „Blumenthal“, „König-Ludwig“ und „Clerget“ (später Zeche Recklinghausen). Die Bergleute kämpften für Lohnerhöhungen, den Acht-Stunden-Tag, Überstunden nur gegen Entgelt, Abschaffung aller Strafmaßnahmen und eine bessere Behandlung durch die Vorgesetzten, konnten allerdings nur wenige Verbesserungen durchsetzen. In den Folgejahren, besonders nach der Außerkraftsetzung des Sozialistengesetzes 1890 bildeten sich mehrere Richtungsgewerkschaften: die sozialdemokratisch beeinflussten Freien Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften, die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, aber auch die Gewerkschaft der polnischen Bergleute. Sie rivalisierten miteinander, waren sich dennoch in ihren lohn- und sozialpolitischen Zielen meist einig.

Noch waren die Gewerkschaften keine Massenbewegung und die Versuche der Arbeitgeber sie zu zerschlagen bestanden weiter, wie das für die Gewerkschaften bittere Streikjahr 1905 bewies. Danach strafften sie die Organisation erhöhten Beiträge und stellten Funktionäre ein, um schlagkräftiger zu werden. Allmählich erreichten sie wichtige Ziele wie etwa die Einführung von Tarifverträgen. Die Unterstützung der Kriegspolitik 1914 brachte den



Demonstrationszug am 1. Mai 2018
(Krusefoto)

Gewerkschaften die erhoffte Anerkennung von Staat und Arbeitgebern nicht. 1918/19 ist die Bewegung zerstritten. „Alle Macht den Räten“ und „Sozialisierung des Bergbaus“, forderten Gewerkschafter, die der Unabhängigen Sozialistischen Partei nahestanden. Die Mehrheit aber unterstützte den Weg in die parlamentarische Demokratie. Trotz der heftigen Meinungsverschiedenheiten gewannen die Gewerkschaften an Einfluss und Mitgliedern.

Mit der neuen Republik änderten sich die politischen Machtverhältnisse schlagartig: Die den Freien Gewerkschaften nahestehenden Parteien übernahmen die Regierung, die Gewerkschaften hatten plötzlich direkten Zugang zur Macht und konnten einige ihrer Forderungen durchsetzen. Der Achtstundentag wurde eingeführt, Tarifverträge wurden als allgemein verbindlich anerkannt, die Kündigung von Arbeitern wurde erschwert und das Betriebsrätegesetz sorgte dafür, dass sie in den Betrieben ein Mitspracherecht hatten. Besonders nach dem Kapp-Putsch 1920 verloren die Freien Gewerkschaften viele Mitglieder an die syndikalistische oder kommunistische Gewerkschaftsopposition. 1923 drehten die Unternehmer, die Gunst gewerkschaftlicher Schwäche nutzend, das Rad der Erfolge zurück: Arbeitszeitverlängerungen, Rationalisierungen, Stilllegungen. Anfang der 30er Jahre konnten die Gewerkschaften ihre Funktion als Schutzorganisation der Arbeitnehmer nicht mehr wahrnehmen. Geschwächte Richtungsgewerkschaften standen dem Aufstieg der NSDAP machtlos gegenüber. Sie wurden im Mai 1933 vom Hitler-Regime zerschlagen.

Der gemeinsame Widerstand war eine wichtige Voraussetzung für die Gründung der Einheitsgewerkschaft 1945, deren Losung „Ein Betrieb - Eine Gewerkschaft“ unbestritten war. Heinrich Gutermuth, Sekretär der christlichen Gewerkschaft mit Sitz in der Martinstraße bis 1933 und Verfolger des Nazi-Regimes, wurde 1946 erster Vorsitzender der Einheitsgewerkschaft in Recklinghausen. Richtungsgewerkschaften gehörten nunmehr der Vergangenheit an; Einzelgewerkschaften schlossen sich 1947 im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen. Heute sind Gewerkschaften ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Staates.

Die Polizei als „treue Dienerin der Republik“

Für die erste deutsche Republik gehörte ab 1919 der Umbau der Polizei zu den großen Herausforderungen. Das obrigkeitsstaatliche Machtinstrument des Kaiserreiches sollte in eine loyale demokratisch-republikanisch Organisation zum Schutz der demokratischen Rechte umgeformt werden. Recklinghausen gehörte zu Preußen, dem mit Abstand größten Land der Weimarer Republik, das Provinzen vom Rheinland bis Ostpreußen umfasste. Hier regierte bis zum sog. „Preußenschlag“ gegen die Landesregierung am 20. Juli 1932 durchgängig eine Regierung der „Weimarer Koalition“ der drei republikanisch orientierten Parteien SPD, katholische Zentrumspartei und liberale DDP.

Zur Neuformierung gehörten die Einrichtung von Polizeiberufsschulen, ab 1921 der Aufbau der „Schutzpolizei“ und der neu errichteten Polizeipräsiden. Das Polizeipräsidium Recklinghausen umfasste nicht nur Recklinghausen, das umliegende Amt Recklinghausen sowie Datteln, Herten, Marl und Waltrop, sondern ihm unterstanden auch die Polizeiamter Bottrop, Gelsenkirchen-Buer und Gladbeck.

Bei der Grundsteinlegung für die neuen Gebäude des Polizeipräsidiams am 4. Juni 1926 nannte Polizeipräsident Kurt Wiesner (DDP) die Sorge um „Ruhe, Sicherheit und



Der republikanische Preußenadler am Polizeipräsidium



RVZ-Überschrift 22.10.1929



RVZ 22.10.1929

Ordnung“ als Hauptaufgabe der Behörde. Für die demokratische Regierung des Bundeslandes Preußen ging es darum, diese Aufgabe im Sinne des demokratischen Rechtsstaates auszurichten. Als Ministerialrat Erich Klausener (Zentrum), von 1919-1924 erster demokratisch gewählter Landrat in Recklinghausen, 1929 in Vertretung des preußischen Innenministers Carl Severing (SPD) das neue Gebäude offiziell übergab, nannte er „Macht, Weisheit und Gerechtigkeit“ als „Leitsterne unserer Arbeit“. Dazu gehöre der Schutz der „Freiheit der Selbstverwaltung“ und die „Gerechtigkeit gegenüber dem Volk und seinen großen Nöten.“ Angesichts der blutigen Straßenkämpfe der linken und rechten Feinde der Demokratie machte Klausener auch ihre Rolle zum Schutz der Republik deutlich: „Die Polizei ist für alle Fälle gewappnet und gerüstet.“ 1932 konnte Preußen kurzfristig ein SA-Verbot durchsetzen.

Am 3. März 1933 war es ausgerechnet dieses Polizeipräsidium, an dem die erste Hakenkreuzfahne an einem öffentlichen Gebäude gehisst wurde. Präsident Dr. Ernst Wündisch (SPD) und führende Beamte wurden abgesetzt, Bilder demokratischer Minister abgehängt, die SA zur „Hilfspolizei“ ernannt. Die Nationalsozialisten und ihre Gestapo (Geheime Staatspolizei) machten das Gebäude zu einem Ort ihrer Machtausübung. In den Gefängnissen herrschten Folter und Terror. Auch Klausener wurde am 30. Juni 1934 in Berlin von einem SS-Kommando ermordet.

Das Polizeipräsidium untersteht seit der Gründung der Bundesrepublik dem Innenminister des neugegründeten Landes Nordrhein-Westfalen. Der preußische Adler über dem Eingang erinnert an seine Gründung als Schutzschild der Demokratie.

Stresemann – Staatsmann der Weimarer Republik

„**Außenminister Dr. Stresemanns letzte Fahrt**“ (Recklinghäuser Volkszeitung, 7.10.1929), der riesige Trauerzug beim Staatsbegräbnis durch das Berliner Regierungsviertel bildete so etwas wie den letzten großen Auftritt der Weimarer Republik. Der Nationalliberale Gustav Stresemann (1878-1929) hatte 1923 in der größten Krise der frühen Republik (Französische Besetzung des Ruhrgebiets, Hitlerputsch in München, kommunistische Aufstandspläne, Inflation) kurzfristig die Kanzlerschaft übernommen und war danach in wechselnden Regierungen Außenminister geblieben.

„**In den Sielen gestorben**“, im fortwährenden Kampf um die Verbesserung der Nachkriegsbelastungen Deutschlands durch die Siegermächte, hieß es im RZ-Kommentar am 4.10.1929: „*Obwohl seine verantwortungsvolle Arbeit von manchem Erfolg gekrönt wurde, ist er einer der unverständlichsten Außenminister des Reiches gewesen.*“ Der von den kaiserlichen Militärs unter Mobilisierung einer Woge des Nationalismus mitverantwortete Weltkrieg (1914-1918) hatte am 11. November 1918 mit der Niederlage geendet. Das Land wurde zur Unterzeichnung des als ungerecht empfundenen Versailler Vertrages gezwungen. Niederlage und wirtschaftliche Folgen wurden aber der neuen Republik angelastet. Besonders angefeindet waren Politiker, die sich außenpolitisch um Verhandlungen mit den Siegermächten bemühten. So waren Matthias Erzberger (Zentrum) 1921 und ein Jahr später Außenminister Walter Rathenau (DDP) Anschlägen nationalistischer Täter zum Opfer gefallen.

Trotzdem versuchte Stresemann, durch eine Annäherung an den ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands Isolation zu durchbrechen. Zu den Erfolgen gehörte 1924 der Dawes-Plan, der unter Beteiligung der USA die Modalitäten der Reparationszahlungen verbesserte. Mit seinem französischen Amtskollegen Aristide Briand gelang ihm 1925 der Abschluss des Locarno-Vertrages, der eine Anerkennung der seit Jahrhunderten umstrittenen deutsch-französischen Grenze bedeutete. Die Initiative von Stresemann und Briand zur Überwindung der „Erbfeindschaft“ war



Ausschnitt RZ 4.10.1929

die Voraussetzung zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, einem Vorläufer der heutigen UNO: Für die Versöhnung wurden beide 1926 durch den Friedensnobelpreis geehrt. So reagierte auch die französische Öffentlichkeit auf den Tod mit großer Bestürzung.

Nur fünf Monate nach seinem Tod zerbrach die „Große Koalition“ (SPD, Zentrum, DDP, DVP) an den Gegensätzen zwischen SPD und DVP. Stresemann hatte in den zahlreichen Konflikten der Mehrparteien-Regierungen immer wieder ausgleichend auch auf die DVP eingewirkt. Die Neuwahlen 1930 führten zum ersten großen Wahlerfolg der NSDAP. Seither gab es keine demokratischen Mehrheiten mehr im Reichstag.

In Suderwich wurde 1929 der Stresemannplatz nach ihm benannt. Am Volkstrauertag 2018 – 100 Jahre nach Kriegsende – enthüllten die Bürgermeister von Recklinghausen und Doau eine Erinnerungstafel für die beiden Nobelpreisträger mit dem Aufruf „PAX – PAIX – FRIEDE“.



Die Bürgermeister Frédéric Chéreau und Christoph Tesche

Krusefoto

Die deutsche Katastrophe: Der Nationalsozialismus

In der Endphase der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, gelang es den demokratischen Parteien nicht, diesen Staat zu stabilisieren. Zu viele Kräfte wollten ihren Untergang und statt ihrer ein autoritäres Regime. Anfang der 30er Jahre nahm die Möglichkeit einer solchen autoritären Lösung zu und war vor allem durch den Umstand begünstigt, dass die Strukturen des demokratischen Staates durch die vorangegangenen Präsidialkabinette, die nur aufgrund der Unterstützung des Reichspräsidenten und mit Hilfe von Notverordnungen regieren konnten, bereits kräftig unterhöhlt waren. Als am Abend des 30. Januar 1933 Nationalsozialisten den lang ersehnten „Tag der Machtübernahme“, der Übertragung der Kanzlerschaft durch Reichspräsident Hindenburg an Adolf Hitler, mit Fackelzügen durch das Brandenburger Tor feierten und die seit 14 Jahren bestehende Weimarer Demokratie begruben, war vielen, auch politisch engagierten Deutschen nicht klar, was auf Deutschland zukam. Hitler und die NSDAP waren sowohl von ihren konservativen Steigbügelhaltern als auch von ihren Gegnern aus dem republikanischen Lager unterschätzt worden. Die konservative Strategie der „Einrahmung“ oder „Zähmung“ der Nationalsozialisten scheiterte an deren brutalem Willen zur Macht.

Adolf Hitler beabsichtigte, eine von jeder Kontrolle durch den Reichstag befreite Regierung zu etablieren, die das von vielen Deutschen empfundene „demokratische Chaos“ der Weimarer Jahre überwinden sollte. Dieses Ziel verwirklichten die Nationalsozialisten innerhalb kürzester Zeit: Unter Wahrung des Anscheins verfassungsmäßiger Legitimität schalteten sie politische Gegner mit Gewalt aus und bemächtigten sich der staatlichen Machtinstrumente. Als diese „nationale Erhebung“ im Sommer 1934 ihren Abschluss fand, waren Demokratie und Pluralismus in Deutschland zerstört. Die Verfolgung und Ermordung von Demokraten, die Ausgrenzung der Juden bis hin zum Holocaust, Krieg und Völkermord waren die Folge.

Der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg hinterließen ein völlig zerstörtes Deutschland und ein zertrümmertes Europa. Deutschland fand nach dem Krieg einen neuen demokratischen Weg, aber bis heute wird an den Folgen der nationalsozialistischen Diktatur gearbeitet. Am Herzogswall vor dem Finanzamt steht seit 1991 eine Skulptur des Künstlers Timm Ulrichs. Sie symbolisiert in ihrer Gesamtheit das christlich-jüdische Verhältnis nach Auschwitz. An diesem Ort versammeln sich jedes Jahr am 9. November Recklinghäuser Bürgerinnen und Bürger, um der Menschen zu gedenken, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden. Auch am Mahnmal am Lothor versammeln sich alljährlich Menschen am Volkstrauertag in mahrender Erinnerung an alle Opfer von Krieg und Gewalt.



Am Mahnmal am Herzogswall vor dem Finanzamt gedenken die Menschen jährlich der Opfer des Nationalsozialismus.

Fotos: Georg Möllers

Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Geschwister-Scholl-Straße, Stauffenbergstraße, Bonhoeferstraße, August-Kaiser-Straße, Walter-Wenthe-Straße sind Straßennamen in Recklinghausen-Hochlarmark, die an den nationalen und regionalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus erinnern. Für die Nachkriegsentwicklung hat die Erinnerung an Männer und Frauen, die sich trotz Verfolgung, Erniedrigung und Mord nicht scheuten, für die Ziele der Freiheit, der Demokratie und der Menschlichkeit einzutreten eine große Bedeutung.

Geschwister-Scholl-Straße

Hans und Sophie Scholl 1918 u. 1921-1943
Widerstandsgruppe Weiße Rose, in München hingerichtet

Der Widerstand gegen das NS-Regime war breit gefächert. Er reichte von passiver Resistenz und oppositionellem Verhalten bis zu Emigration und dem „generalstabsmäßig“ geplanten Attentats- und Umsturzversuch vom 20. Juli 1944. Getragen wurde der Widerstand von Männern und Frauen aus allen sozialen Schichten und politischen Lagern. Oppositionskreise in der Wehrmacht zählten ebenso dazu wie die Mitglieder der „Weißen Rose“, des „Kreisauer Kreises“ oder der „Roten Kapelle“. Daneben gab es viele, die Verfolgten Unterschlupf gewährten oder sie mit Lebensmitteln versorgten.

Aktiven Widerstand leisteten in den Anfangsjahren des NS-Regimes vor allem Kommunisten, die nach dem 30. Januar 1933 besonders unter Verfolgung und Terror zu leiden hatten. Kommunistische aber auch sozialdemokratisch orientierte Widerstandsgruppen verbreiteten Flugschriften und Klebezettel gegen den Nationalsozialismus und unterstützten rassistisch und politisch Verfolgte. Widerstand gab es auch in den Kirchen. So verurteilte der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, in mehreren Predigten die

nationalsozialistische Terrorherrschaft und geißelte die als „Euthanasie“ bekannt gewordenen Massentötungen als vorsätzlichen Mord. In der evangelischen Kirche war der Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller einer der konsequentesten NS-Gegner. Er gründete im September 1933 den Pfarrer-Notbund, der Anfang 1934 rund 7.000 Mitglieder zählte und gegen die Einführung des „Arierparagraphen“ in Kirchenämter und die Entlassung von Geistlichen „jüdischer Herkunft“ protestierte. Aus dem Notbund ging wenig später die „Bekennende Kirche“ hervor.

Stauffenbergstraße

Claus Graf Schenk von Stauffenberg 1907 1944
Hitler-Attentäter des 20. Juli 1944, hingerichtet

August-Kaiser-Straße

August Kaiser 1911-1945
Bergmann, Opfer des Nationalsozialismus

Straßenschilder erinnern an mutige deutsche Widerstandskämpfer gegen die verbrecherische Herrschaft der Nationalsozialisten.

Fotos: Stadt Recklinghausen

Ein Zentrum des bürgerlich zivilen Widerstands war der „Kreisauer Kreis“, benannt nach dem niederschlesischen Gut Kreisau von Helmuth James Graf von Moltke, wo ab 1940 auf regelmäßigen Treffen Konzepte für eine grundlegende staatliche, wirtschaftliche und soziale Neuordnung Deutschlands nach dem Sturz der NS-Diktatur erörtert wurden. Ab 1943 wuchs auch bei den Mitgliedern des „Kreisauer Kreises“ die Überzeugung von der Notwendigkeit eines Staatsstreichs. Nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 schlossen sich einige Mitglieder der Gruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Goerdeler an und wirkten an den Vorbereitungen zum Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 mit. Nach dem misslungenen Umsturzversuch nahm die Gestapo in den folgenden Wochen Tausende von Regimegegnern fest, rund 5.000 von ihnen wurden bis Kriegsende hingerichtet oder starben an den unmenschlichen Haftbedingungen.

Die Brücke: Vom Lernort der *Reeducation* zum Institut für internationale Kontakte und Integration

Reeducation oder Reorientation nannte man ab 1946 die von den Westalliierten im Zusammenhang mit der sog. Entnazifizierung konzipierte Bildungsarbeit im Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit. Der Begriff, den die US-Besatzungsmacht zuerst verwendete, zielte auf eine Umerziehung der deutschen Bevölkerung zwecks Überwindung der totalitären und menschenfeindlichen NS-Ideologie: Das Programm hieß bei den Briten auch *reconstruction* bzw. *mission civilisatrice* bei den Franzosen. Den Besatzungsmächten gemeinsam war die Absicht, nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland endlich und dauerhaft eine friedliche, freiheitliche, demokratische, tolerante und pluralistische Gesellschaft entstehen zu lassen.

Die Bildungspolitik war ein wichtiger Baustein in diesem Prozess. Seit Frühjahr 1946 wurden in den meisten Städten der Britischen Besatzungszone mit mehr als 50.000 Einwohnern sog. *British Information Centres* eingerichtet. So geriet auch Recklinghausen, Zentralort für den gleichnamigen Kreis, in die Auswahl der Standorte. Das erste *Centre*



Serbische Tanzgruppe vor der „Brücke“ Stadt Recklinghausen

dieser Art wurde im März 1946 im britischen Sektor Berlins eröffnet. Bis zum September 1947 stieg deren Zahl auf 64 in der gesamten britischen Besatzungszone, d.h. in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Diese Einrichtungen trugen meist den Beinamen *Die Brücke*.

In gut beheizten Räumen – bis 1948/49 durchaus nicht selbstverständlich! – stellten die Briten Zeitungen und Zeitschriften, Broschüren und Bücher unterschiedlicher politischer Richtungen des In- und Auslandes bereit, um den Deutschen in ausgewogener Berichterstattung Nachrichten aus der ganzen Welt zu vermitteln. Lesungen, Vorträge, Filmvorführungen und andere literarisch-kulturelle Veranstaltungen gehörten ebenfalls dazu. Häufig bestanden enge Verbindungen zu örtlichen Volkshochschulen, Stadtbibliotheken und ähnlichen Bildungseinrichtungen.

Vor diesem Hintergrund wurde in Recklinghausen auf Anordnung der britischen Militärregierung im August 1946 auf der Breite Straße zunächst eine sog. „Vestische Lesehalle“ eröffnet, die sich ab Januar 1948 in der Engelsburg unter dem offiziellen Namen *Die Brücke* zu einem Deutsch-Englischen Kulturzentrum weiterentwickelte. Im April 1955 übernahm die Stadt Recklinghausen die Trägerschaft, 1957 erfolgte der Umzug zum Herzogswall 20, 1984 die Verlegung an den heutigen Standort Willy-Brandt-Park 1.

Ein besonderes Arbeitsfeld bildet seit 1956 die Gestaltung von Städtepartnerschaften. Auf dieser Grundlage wurde auch *Die Brücke* zu einem sehr aktiven Faktor in der Kulturarbeit Recklinghausens. Heutzutage trägt *Die Brücke* die amtliche Bezeichnung: „Institut für internationale Kontakte und Integration“. Es ist nicht nur für die Pflege der Partnerschaften mit Preston, Douai, Dordrecht, Akko, Schmalkalden und Bytom, sondern auch für alles zuständig, was mit Teilhabe, Integration und interkulturellen Projekten von und für Menschen mit Migrationshintergrund zu tun hat. Auch für die Ausgestaltung der Gedenkkultur Recklinghausens leistet *Die Brücke* wertvolle Beiträge.

Wichtige Unterstützung erfährt die Arbeit der Brücke durch vielfache Teilnahme an EU-Projekten, die der Förderung des europäischen Friedens- und Versöhnungsgedankens sowie der internationalen Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern, Schülerinnen und Schülern, Vereinen und Initiativen dienen. Repräsentanz und Resonanz Recklinghausens auf europäischer Ebene sind ohne *Die Brücke* nicht denkbar; die alte (und immer aktuelle) Idee der Verständigung, Freundschaft und Versöhnung von Völkern, Staaten und Kulturen ist dabei ungebrochenes Leitmotiv.

Das Grundgesetz, Helene Weber und die Gleichberechtigung der Frau



Helene Weber, eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“.

Fotos: Stadt Recklinghausen

Geist und Idee des Grundgesetzes bestanden aus dem Willen zur Zukunftsbewältigung durch Überwindung einer verbrecherischen und katastrophalen Vergangenheit. Das Verfassungsdokument samt seinem Gottesbezug beschwört im Angesicht millionenfacher Mordtaten der Nationalsozialisten und nach völliger Pervertierung der deutschen Rechtsordnung die Freiheit und Unverletzlichkeit einer jeden Person und den Gedanken, dass es Rechte gibt, die vom Staat weder verliehen noch aberkannt werden, sondern allen Menschen angeboren sind.

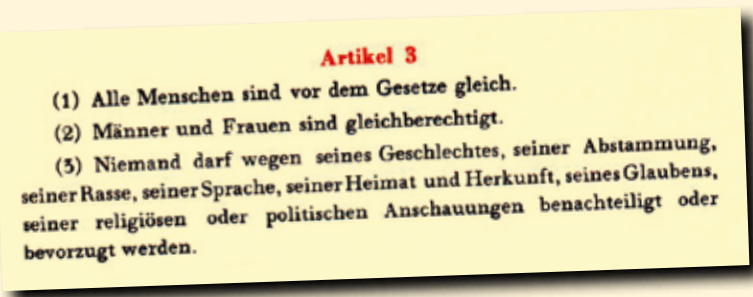
Das Grundgesetz in seinem Originalwortlaut vom Mai 1949 schien ein widersprüchliches Dokument zu sein: Zum einen legten seine Verfasser großen Wert auf seine Vorläufigkeit, was in der Geschichte der demokratischen Verfassungen geradezu einzigartig war, zum anderen kodifiziert das Grundgesetz im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen Rechte und ethische Normen, die auf Dauer Bestand haben und zeitlose Gültigkeit beanspruchen: Nie zuvor ist ein deutscher Staat derart eng an die unwandelbaren Grundsätze der Menschenwürde,

der Menschenrechte, der Friedfertigkeit, des Völkerrechts, an den Europagedanken, an die Sozialstaatlichkeit und Demokratie, an die Gewaltenteilung und den Rechtsstaat gebunden worden wie mit der Verfassungsurkunde vom 23. Mai 1949.

Erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte sind im Jahre 1949 diese Werte in unmittelbar geltendes, von jedermann einklagbares Recht umgesetzt worden. Durch die Betonung und Hervorhebung der Menschen- und Bürgerrechte sorgte das Grundgesetz für einen Fundamentalkonsens über die elementarsten Fragen unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung. Zu diesen unverbrüchlichen Rechten gehört auch Artikel 3 des Grundgesetzes, der in wenigen Worten die Gleichheit vor dem Gesetz beschreibt, die Gleichberechtigung von Mann und Frau definiert und jegliche staatliche Willkür verbietet.

Maßgeblich beteiligt an diesen schlichten, aber umso eindringlicheren Formulierungen war Helene Weber (1881-1962), eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“. Tief geprägt vom christlich-sozialen Menschenbild war Helene Weber eine der wenigen weiblichen Abgeordneten in der Weimarer Nationalversammlung von 1919, im Preußischen Landtag sowie im Reichstag der 1920er Jahre. Sie galt als erfahrene Anwältin für die Gleichberechtigung der Geschlechter und eine der engagiertesten Frauen in der Gesellschafts- und Familienpolitik der frühen Bundesrepublik.

Helene Weber fand nach einem eindrucksvollen politischen Leben, das der Wahrung und Mehrung der parlamentarischen Demokratie, der Stärkung der Rechte der Frauen und der Grundrechte in Deutschland gewidmet war, ihre letzte Ruhestätte auf dem Nordfriedhof in Recklinghausen.



Theodor Heuss: Erster Präsident der Bundesrepublik Deutschland und Gast in Recklinghausen

Theodor Heuss, der erste in der Reihe der Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, wurde am 31. Januar 1884 in Brackenheim/Württemberg geboren. Er studierte von 1902 bis 1905 Nationalökonomie in München und Berlin und entschied sich für den journalistischen Beruf. Nach dem Ersten Weltkrieg schrieb er für diverse angesehenen Zeitungen und Zeitschriften und offenbarte sich dabei als aufrichtiger Demokrat und unbedingter Anhänger der Weimarer Republik, deren Gegner auf dem rechten und linken politischen Spektrum am Ende der 1920er Jahre immer zahlreicher und mächtiger wurden und schließlich für ihren Untergang sorgten.

Neben seiner Dozententätigkeit an der Hochschule für Politik in Berlin erwies sich Heuss als klassisch gebildeter, vor allem für kultur- und geistesgeschichtliche Themen aufgeschlossener Intellektueller; von 1924 bis 1933 war er Reichstagsabgeordneter für die Deutsche Demokratische Partei. Sein nazikritisches Buch „Hitlers Weg“ wurde 1933 von den nationalsozialistischen Gewaltherrschern verboten und verbrannt, Heuss selbst musste sich in das Leben eines Privatgelehrten zurückziehen.

Nach 1945 begann er eine neue politische und wissenschaftliche Karriere, die ihn zunächst zum Professor für Politische Wissenschaften in Stuttgart, zum Fraktions- bzw. Parteivorsitzenden einer neuen liberalen Partei, der Freien Demokratischen Partei, im Deutschen Bundestag in Bonn und schließlich für zehn Jahre zum ersten Staatsoberhaupt des neuen, demokratischen Gemeinwesens namens Bundesrepublik Deutschland machte. Zusammen mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und den Politikern Ludwig Erhard, Kurt Schumacher und Carlo Schmid war er eine der Leitfiguren für den Beginn eines neuen, demokratischen und friedlichen Zeitalters in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Heuss' Vorliebe für die Kultur, die Geschichte und die schönen Künste machte ihn bald zum häufigen Gast



Portrait von Theodor Heuss im großen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Recklinghausen.

Foto: Stadt Recklinghausen

in Recklinghausen: Beginnend mit dem Jahr 1951 besuchte bzw. eröffnete er regelmäßig die Ruhrfestspiele. Zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) förderte er ein ganz neuartiges, modernes, dem sozialen Fortschritt und der europäischen Völkerverständigung verpflichtetes Theaterfestival, das die Schauspielkunst vor allem den arbeitenden Menschen im Ruhrgebiet nahe bringen wollte.

1959, zum Ende seiner zweiten Amtszeit als Bundespräsident, erhielt Theodor Heuss die Ehrenbürgerwürde der Stadt Recklinghausen. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt können sich noch heute an Auftritte und Besuche des beliebten und populären ersten Bundespräsidenten in Recklinghausen erinnern. Heuss starb am 12. Dezember 1963, er gehört zu den deutschen Demokraten, die ihren Beitrag dazu leisteten, das Ansehen Deutschlands nach 1945 wiederherzustellen. Sein Portrait ziert den Großen Sitzungssaal des Rathauses, das Gymnasium in Recklinghausen-Süd trägt seit 1965 seinen Namen.

Vom Heldenmythos zur Friedenspolitik

Die Einheit der deutschen Staaten wurde im 19. Jahrhundert durch die Großmacht Preußen in zwei Kriegen durchgesetzt: 1866 wurde Österreich-Ungarn aus dem Deutschen Bund ausgeschlossen, 1870/71 das Kaiserreich in Versailles nach dem Sieg über Napoleon III. ausgerufen. 1888 wurde am Lohtor in Recklinghausen ein Kriegerdenkmal errichtet, das das Heldentum der Gefallenen pries. 1928 entstand an dieser Stelle eine neue Gedenkstätte für 2279 „Söhne der Stadt“. Sie waren im Ersten Weltkrieg ums Leben gekommen, nachdem die Rivalität der europäischen Großmächte und der ausufernde Nationalismus 1914-1918 im Inferno des ersten modernen Krieges mit Panzern, Flugzeugen und Giftgasangriffen mündete. 1926 beging die Republik erstmals den „Volkstrauertag“ zur Erinnerung an die Millionen Gefallenen. Bei der Einweihung hoffte Bürgermeister Sulpiz Hamm auf eine „Friedensstätte“, denn seit 1926 war das demokratische Deutschland unter Außenminister Gustav Stresemann Mitglied im „Völkerbund“, dem Vorläufer

der UNO, geworden. Gerade elf Jahre später begann mit dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschland auf Polen der Zweite Weltkrieg. Bereits 1934, ein Jahr nach der Machtübernahme, hatte der NS-Staat den „Heldengedenktag“ eingeführt. Erneut wurden Tod und Heldentum für „Führer, Volk und Vaterland“ über das Lebensrecht des Einzelnen gestellt und nun der Terrorkrieg in Europa gerechtfertigt.

Die Bundesrepublik Deutschland gedenkt am „Volkstrauertag“ im November der Opfer der Kriege und der Gewalt Herrschaft. Kleine Tafeln am Lohtor-Mahnmal nennen die Gefallenen, die Menschen, die vom NS-Regime aufgrund ihrer Rasse oder ihrer politischen Einstellung verfolgt wurden sowie die Opfer von Bombenkrieg und Vertreibung. Teilnehmer der Veranstaltung sind auch britische Soldaten – ehemals Feinde in beiden Weltkriegen, heute Freunde und Verbündete. Die junge deutsche Demokratie stellte sich

ab 1949 unter Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) auf die Seite der westlichen Demokratien USA, Großbritannien und Frankreich und wurde in ihr Verteidigungsbündnis NATO aufgenommen. Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) praktizierte die „Entspannungspolitik“ gegenüber der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Verbündeten und erhielt deshalb den Friedensnobelpreis.



Das Denkmal am Lohtor erinnert an die Opfer der Weltkriege und des Nationalsozialismus. Foto: Stadt Recklinghausen

„Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit“

Demokratien leben vom Engagement ihrer Bürger. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“ heisst es ausdrücklich im Grundgesetz. Erste politische Gruppen entstanden in der Nationalversammlung der Paulskirche 1848/49. Neben Konservativen gründeten sich 1861 Liberale (Fortschrittspartei), Sozialdemokraten (1863, 1869) und 1870 das Zentrum als Partei der katholischen Minderheit. Sozialdemokraten, Katholiken und Liberale setzten nach dem Sturz des Kaiserreiches 1919 die demokratische Verfassung der Weimarer Republik durch. Angesichts der massiven Gegnerschaft der Monarchisten, der Kommunisten und Nationalisten, schließlich der Nationalsozialisten verloren sie aber die Mehrheit. Die „Republik ohne Republikaner“ wurde 1933 durch die totalitären Führerstaat der NSDAP zerstört.

Dem Zusammenbruch 1945 folgte die Aufteilung unter die vier Siegermächte. Recklinghausen gehörte zur britischen Zone. Schon früh trafen sich Demokraten unter dem Eindruck der schrecklichen Erfahrungen 1933-1945 zu Planungen für eine neue Demokratie. Der ehemalige Lehrer Paul Rhode baute 1945-1948 den SPD-Unterbezirk 1945-1948 auf. Bundesweit entwickelte sich Kurt Schumacher zum führenden SPD-Politiker. Die Repressionen in der sowjetischen Besatzungszone, wie die Zwangsvereinigung von SPD und KPD, führte in den westlichen Zonen zum Bedeutungsverlust der kommunistischen KPD. Zusammen mit der Gründung der Einheitsgewerkschaften trug dies zum Aufstieg der SPD bei. Mit dem „Godesberger Programm“ 1959 öffnete sie sich von einer sozialistischen Arbeiterpartei zur Volkspartei und stellte ab 1969 drei Kanzler (Willy Brandt, Helmut Schmidt, Gerd Schröder).

Schwieriger war der Gründung der Christlich-Demokratischen Union (CDU). Befürworter der Zentrums-Idee standen Anhängern einer neuen, überkonfessionellen „Union“ gegenüber. In Recklinghausen entschied sich die Mehrheit für einen Neubeginn. Eine wichtige Rolle spielte dabei die einflussreiche katholische Arbeiterbewegung (KAB), aber

auch der Verleger Wilhelm Bitter, 1946–1948 erster Oberbürgermeister. Bundesweit wurde Konrad Adenauer, 1933 als Kölner Oberbürgermeister abgesetzt, die führende Persönlichkeit. Ihm gelang es, die christlich-sozialen, liberalen und konservativen Strömungen zur wichtigsten Volkspartei zusammen zu fassen. Sie stellte seit 1949 fünf Kanzler (Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt-Georg Kiesinger, Helmut Kohl, Angela Merkel). Wechselnde Koalitionsregierungen unter der Führung einer der beiden Volksparteien trugen zur Stabilität der neuen Bundesrepublik bei.

Die Freie Demokratische Partei wurde 1948 in der Tradition der Liberalen gegründet, stellte Minister in vielen Regierungen und ab 1949 zwei Bundespräsidenten (Theodor Heuss, Walter Scheel). Mit der Gründung der Grünen 1980 entstand eine Erweiterung des bisherigen Drei-Parteien-Systems; 1998 stellten sie erstmals Minister in einer Bundesregierung.



Schumacher (Mitte) und Paul Rohde (r.) auf dem Weg zum Saalbau um 1949



Adenauer (Mitte) mit dem KAB-Vorsitzenden Winkelheide (l.) und OB Dünnebacke bei einer KAB-Kundgebung im Saalbau 1952

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft

Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ beschreibt das wirtschaftspolitische Leitbild der Bundesrepublik Deutschland schon seit ihren Anfängen. Sie gehört zum Kernbestand dieses Staates wie etwa auch das Grundgesetz und der Gedanke der Europäischen Einigung. Als Schlagwort, das seit den 1950er Jahren in den demokratischen Parteien immer populärer wurde, kam es in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in Gebrauch, als die ungewisse politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft des zerstörten Deutschland zur Debatte stand. Der neue Begriff hatte für alle Bevölkerungskreise integrierende Wirkung, weil er nach Meinung seines wichtigsten Wortführers Ludwig Erhard gleichermaßen auf unternehmerischen Erfolg, auf soziale Sicherheit und auf „Wohlfahrt für alle“ abzielte, – so nämlich der ehrgeizige Titel seines berühmten Buches aus dem Jahre 1957.

Der Gedanke, dass ein effizientes, vom Staat nicht gelenktes Wirtschaftssystem freien, wettbewerbs- und marktorientierten Unternehmertums sich mit sozialem Ausgleich, d.h. mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, weitreichenden Arbeitnehmerrechten, einer starken und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, mit Tarifautonomie, sozialen Sicherungssystemen und gerechter Einkommensverteilung zu verbinden habe, ist seitdem eine der Grundlagen für den wirtschaftlichen Kurs und den inneren Frieden der Bundesrepublik.

Die Soziale Marktwirtschaft als politisches Programm ist untrennbar mit dem Namen Ludwig Erhard (1897-1977) verbunden, dem ersten und erfolgreichsten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland (Amtszeit: 1949–1963, 1963–1966: Bundeskanzler). Erhard entwickelte dieses Wirtschaftskonzept, das eine unfreie, diktatorische, wettbewerbsverhindernde Staats- und Planwirtschaft ebenso ablehnt wie einen schrankenlos-profitorientierten Kapitalismus, dessen Wirtschaftsgeschehen das Gemeinwohl sowie die legitimen Rechte und materiellen Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten missachtet. Das Leitmotiv



Ludwig Erhard, Vater der Sozialen Marktwirtschaft, stellte im August 1948 in Recklinghausen sein bis heute maßgebliches Konzept vor. Foto: Stadt Recklinghausen

der Sozialen Marktwirtschaft besteht stattdessen darin, dass der Staat den Ordnungsrahmen für einen funktionierenden Wettbewerb, für eine freie Preisgestaltung ohne den schädlichen Einfluss von Monopolen und Kartellen, aber auch für persönliche Freiheit, soziale Sicherheit, die wirtschaftliche Selbstverantwortung der Menschen und für einen gerechten Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schaffen müsse: Notwendige Produktivitätsfortschritte und berechnete Lohnzuwächse sollen in wirtschafts- und sozialverträglicher Weise stets miteinander Schritt halten können. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das Modell der Sozialen Marktwirtschaft gehören ihrem Wesen nach zusammen, deshalb wurde sie 1990 als gemeinsame Wirtschaftsordnung in den Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR aufgenommen.

Es war in Recklinghausen, wo Ludwig Erhard sein bahnbrechendes und bis heute verpflichtendes Modell erstmals einer größeren politischen Öffentlichkeit vorstellte: Auf einem Regionalparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) Ende August 1948 propagierte er im Beisein Konrad Adenauers eine „sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt, der gerechten Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen lässt – das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.“

Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953: Ein historischer Tag der Deutschen

Auf dem Kirchplatz der Petruskirche in der Innenstadt Recklinghausens steht ein Mahnmal, das an den 17. Juni 1953 erinnert. Alljährlich treffen hier Menschen zusammen, die der Ereignisse dieses Tages gedenken. Welche Bedeutung hat dieser 17. Juni für die Deutschen?

Im Juni 1953, vier Jahre nach der Gründung der DDR, wuchs die Unzufriedenheit der Menschen mit den Lebensverhältnissen in der DDR: Eine knappe Lebensmittelversorgung, lange Schlangen vor den Geschäften und kein Strom in der Nacht machten die Menschen in der DDR unzufrieden. Die Verbitterung wuchs, als das SED-Regime Arbeitsnormen erhöhte, was einer Lohnkürzung gleichkam. Ausgerechnet die Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee, dem Prestigeprojekt der SED, begannen zu streiken. Binnen Stunden griff der Aufstand auf mehr als 700 Orte über, weitete sich zum Generalstreik und schließlich zum Volksaufstand aus. Nur mit Hilfe sowjetischer Panzer gelang es dem SED-Regime, einen Volksaufstand niederzuschlagen – und damit die Rufe nach freien Wahlen und einer Wiedervereinigung Deutschlands zu ersticken.

Bis 1990 war der 17. Juni deshalb in der Bundesrepublik Deutschland Feier- und Gedenktag: der Tag der Deutschen Einheit. Als die Einheit der Nation am 3. Oktober 1990 endlich Wirklichkeit wurde, geriet der 17. Juni in den Hintergrund. Der Einigungsvertrag, der am 29. September 1990 in Kraft trat, erklärte den 3. Oktober zum Tag der Deutschen Einheit, zum staatlichen Feiertag. Der 17. Juni bekam den Status eines Gedenktages. Der Feiertag wurde aufgehoben.

Auch wenn der 17. Juni heute kein Staatsfeiertag mehr ist: Für das wiedervereinigte Deutschland bleibt er ein wichtiger historischer Tag. Ohne den 17. Juni lässt sich die deutsche Geschichte der vergangenen Jahrzehnte nicht erklären, lässt sich die Fluchtbewegung in den Folgejahren, die „Abstimmung mit den Füßen“, ebenso wenig nachvollziehen wie der Bau der Mauer, die systematische Verfolgung Andersdenkender, die Proteste gegen das Regime oder die

Friedliche Revolution. Schon deshalb muss der 17. Juni ein Gedenktag bleiben. Er schärft das Bewusstsein dafür, was Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie bedeuten. Er war die erste Massenerhebung im Machtbereich der Sowjetunion überhaupt und eines der Schlüsselereignisse, die den Gang der deutsch-deutschen Geschichte bis zur Einheit im Sommer 1990 maßgeblich mitbestimmt haben.



Das Mahnmal nahe der Petruskirche erinnert an die deutsche Teilung, den niedergeschlagenen Freiheitskampf von 1953 und nun an die erfolgreiche Friedliche Revolution 1989/90. Foto: Stadt Recklinghausen

Das Ruhrfestspielhaus: Austragungsort des größten deutschen Theaterfestivals

Das Haus der Ruhrfestspiele möge werden: eine Heimat der Musen, eine Herberge menschlicher Begegnungen, eine Burg freiheitlichen Seins.

(Theodor Heuss anlässlich des Ersten Spatenstichs im Jahre 1960)

Der 1960 begonnene Bau an der Cäcilienhöhe kann mit Recht als eines der ambitioniertesten Architekturprojekte der jungen Bundesrepublik bezeichnet werden. Das „Haus der Ruhrfestspiele“ – so die offizielle Bezeichnung – war und ist, stärker als andere zeitgenössische Neubauten im Kulturbereich, mit einer Idee und einer Widmung behaftet. Ziel sollte die Schaffung einer Heimstätte für ein neues, gesamtgesellschaftlich ausgerichtetes Theaterfestival sein: eine „Werkstatt demokratischer Kultur“, die aus dem Geist von Humanität, sozialem Fortschritt, der Freiheit der Künste und der Menschenrechte erwächst.

Das Ruhrfestspielhaus hat eine lange Vorgeschichte. Sie beginnt in den frühen 1950er Jahren, als sich die – erstmals im Juni 1947 realisierte – Idee, Schauspieler, Theaterkunst und Bergleute des Ruhrreviers jährlich, regelmäßig und solidarisch in Recklinghausen zueinander zu führen, gerade etabliert hatte: „Kunst gegen Kohle – Kohle gegen Kunst“ hieß das bis heute einzigartige Motto. Die wichtigsten Etappen sind folgende: Schon am 20. Juni 1950 fordert Hamburgs Erster Bürgermeister Max Brauer – einer der ersten namhaften Förderer und Fürsprecher der Festspiele – bei der Eröffnung der 4. Ruhrfestspiele erstmals ein eigenes Theatergebäude. Am 3. November 1953 beschließt der Rat der Stadt Recklinghausen einstimmig den Bau eines Festspielhauses und beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung des Architektenwettbewerbs unter Vorsitz von Otto Bartning, des Präsidenten des „Bundes deutscher Architekten“. 1956 setzt sich der Architekt Felix Ganteführer (1902–1984) aus der Familie eines alteingesessenen Recklinghäuser Bauunternehmens gegen prominente Mitbewerber aus dem ganzen Bundesgebiet durch.

Die persönliche Förderung und dauerhafte Unterstützung durch die Bundespräsidenten Heuss und Lübke, durch

bedeutende deutsche Intellektuelle sowie durch die deutsche Gewerkschaftsbewegung verlieh den Ruhrfestspielen und ihrem Bauvorhaben den Charakter einer quasi-nationalen Aufgabe. Bedeutsam ist auch die Tatsache, dass die „Idee der Ruhrfestspiele“, wie sie Otto Burrmeister, Hans Böckler, Theodor Heuss und Carlo Schmid anhand der Ideale der deutschen Klassik formulierten, von Anfang an eine europäische, völkerverständigende Note hatte: Hohe Kultur soll Grenzen überwinden und Menschen geistig miteinander verbinden.

Die Grundsteinlegung im Juni 1961 war daher ein bundesweit wahrgenommenes Ereignis; die feierliche Einweihung im Juni 1965 rückte Recklinghausen als hochmodernen und überregional bedeutenden Theaterstandort in die Nähe der Festspielstädte Salzburg und Bayreuth. Das Bauvorhaben und seine kulturpolitische Botschaft standen am Beginn einer Entwicklung, die das Ruhrgebiet aus dem Negativklischee einer rein schwerindustriellen Region löste und seinen Weg in eine moderne und urbane Kulturlandschaft bahnte.

Nach Bundespräsident Lübke besuchten auch die folgenden bedeutenden Politiker das neue Haus: Gustav Heinemann, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Heinz-Oskar Vetter und Ernst Breit (DGB-Vorsitzende), Herbert Wehner, Heinz Kühn, Johannes Rau, Annemarie Renger, Rita Süßmuth, Richard von Weizsäcker, Horst Köhler und Hannelore Kraft. Auch zahlreiche berühmte Theaterkünstler und Regisseure aus dem In- und Ausland kamen und kommen nach Recklinghausen.

Die umfassende Modernisierung des Hauses im Jahre 1998 durch das Stuttgarter Architekturbüro „Auer Weber“ erhielt den Architekturpreis NRW und den Deutschen Architekturpreis: Das neue, transparente Foyer öffnet alle Ebenen des Hauses zur „Festspielwiese“ und betont

zusammen mit dem ausgreifenden, leichten Dachschirm die Verbindung mit der Stadt und dem Park. Die Idee der Ruhrfestspiele und die Widmung des Bauwerkes sind dabei unverändert geblieben: Theaterspiele auf Grundlage von Kunstfreiheit, Demokratie, sozialem Fortschritt und allumfassender Humanität.

VOR DEN RUINEN DES VATERLANDES
VEREINTEN SICH IM JAHRE 1946
BERGLEUTE UND KÜNSTLER
ZU GEGENSEITIGER HILFE
AUS DEM TAUSCHE
KOHLE GEGEN KUNST
KUNST GEGEN KOHLE
WUCHS FREUNDSCHAFT
ERSTANDEN DIE RUHRFESTSPIELE

DIESES HAUS
IST EIN WERK DER DEMOKRATIE
ES SOLL NACH DEM WORT
VON THEODOR HEUSS SEIN:
EINE HEIMAT DER MUSEN
EINE HERBERGE MENSCHLICHER BEGEGNUNGEN
EINE BURG FREIHEITLICHEN SEINS

Inschrift im Festspielhaus

Deutsche Teilung – Deutsche Einheit: Ein Fragment der Berliner Mauer in Recklinghausen

Die Lage West-Berlins als „Insel“ der freien westlichen Welt inmitten der kommunistischen DDR war das bedeutendste Symbol der deutschen Teilung und zugleich eine Hoffnung, die Einheit Deutschlands dereinst wiederherzustellen. Das geteilte Berlin war seit 1948 ein ständiger Konfliktherd, der sich zu Beginn der 1960er Jahre dramatisch verschärfte. Nachdem von 1949 bis 1961 rund 2,7 Millionen DDR-Bürger, die meisten unter 30 Jahre, nach Westen ausgewandert bzw. geflohen waren, entschlossen sich die Machthaber in Moskau und Ost-Berlin zu einer radikalen Lösung: In den Morgenstunden des 13. August 1961 errichteten Soldaten der DDR eine stark befestigte Grenzanlage mitten durch Berlin und um West-Berlin herum. Der angebliche Zweck war der Schutz der DDR-Staatsgrenze gegen westliche Aggressionen, offensichtlich war jedoch, dass man den Flüchtlingsstrom aus dem eigenen Land gewaltsam unterbinden und mit militärischen Mitteln die Menschen zum Verbleib in der DDR zwingen wollte. Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von West-Berlin und späterer Bundeskanzler, sagte bereits einen Tag später völlig zutreffend: „Die Mauer wird keinen Bestand haben“. Aber schon kurz danach, am 17. August 1961, starb ein erstes wehrloses Opfer durch rücksichtslosen Schusswaffengebrauch der DDR-Grenztruppen. Ein letztes Mal verlor am 5. Februar 1989 ein junger Mann sein Leben, als er versuchte, die Grenze mitten in Berlin zu überwinden. Mindestens 136 Mauertote sind in 28 Jahren zu beklagen.

Im Laufe von knapp drei Jahrzehnten veränderte die Mauer ihr Gesicht: Aus provisorischen Stacheldrahthindernissen wurde allmählich die weltbekannte, 3,75 Meter hohe Stahlbetonmauer, die trotz aller Entspannungspolitik der 1970er und -80er Jahre immer weiter befestigt und von rund 2.500 Soldaten bewacht wurde. Öffnung und Fall der Berliner Mauer kamen im Epochenjahr 1989: Wieder waren Flüchtlingsströme von DDR-Bürgern nach Westen ausschlaggebend, nachdem Ungarn am 11. September sei-

ne Grenzen nach Westen geöffnet hatte und sich die Bevölkerung in der DDR immer stärker gegen den Kommunismus erhob. Die Anhänger der Freiheits- und Demokratiebewegung riefen laut: „Wir sind das Volk!“ und zitierten damit einen Vers aus einem 1848 verfassten Revolutionsgedicht des Freiheitsdichters Ferdinand Freiligrath.

In einer Ost-Berliner Pressekonferenz am frühen Abend des 9. November 1989 wurde ein Aktenvermerk der DDR-Ministerialverwaltung verlesen, nach welchem die strengen Bestimmungen für den Grenzübertritt angeblich mit sofortiger Wirkung aufgehoben seien. Ab 23 Uhr strömten Tausende Menschen ohne Kontrollen und Formalitäten über die Grenze nach West-Berlin, ab Mitternacht wurde vor lauter Freude auf der Mauer getanzt. Innerhalb einer Nacht wurde aus einer scharf bewachten Grenzmauer ein Mahnmal für das untergehende kommunistische Unrechtsregime im Osten Deutschlands.

Der offizielle Abriss der Berliner Mauer begann im Juni 1990 und endete im November. Bis auf wenige Fragmente, Bodendenkmäler und Erinnerungsorte ist sie heute vom Erdboden verschwunden. Diese weltgeschichtliche Chance nutzte Kanzler Helmut Kohl, um den Wunsch der ostdeutschen Bevölkerung („Wir sind ein Volk!“) durchzusetzen. In Westdeutschland wie bei einigen Großmächten gab es durchaus politische Widerstände. Außenpolitisch überzeugten die Erfahrungen mit der deutschen Demokratie und ihrer europäischen Ausrichtung. Auf dieser Basis konnte Kohl v. a. die Unterstützung und Zustimmung von Präsident George W. Bush (USA) und Generalsekretär Michail Gorbatschow (UdSSR) erreichen. Die Wiedervereinigung 1989/90 wurde so zum Signal der Zusammenarbeit demokratischen Staaten in ganz Europa.

Durch bürgerschaftliches Engagement gelang es, ein originales Mauerfragment im sogenannten „Berliner Viertel“ als Mahnmal aufzustellen und 2006 mit einer Informationstafel zu versehen.



Ein Stück Weltgeschichte in Recklinghausen: originales Segment der Berliner Mauer an der Charlottenburger Straße. Foto: Stadt Recklinghausen

Die Städtepartnerschaft Recklinghausen–Schmalkalden: Ein kommunaler Beitrag zum Gelingen der deutschen Einheit

Partnerschaften zwischen Städten verschiedener Nationen

gibt es seit schon den 1960er Jahren. Sie dienen der Idee des Friedens, der europäischen Einigung und der Völkerverständigung. Städte der Bundesrepublik suchten zunächst den Kontakt mit französischen Gemeinden, aber auch mit Städten in Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und Italien. Dass es auch vor der deutschen Einheit bereits Partnerschaften zwischen Städten im geteilten Deutschland gab, ist erst seit 1986 zu beobachten, nachdem die kommunistische Staatsführung der DDR auf Geheiß der Sowjetunion ihre Zurückhaltung aufgab und eine ganz neue Art der Annäherung zwischen den Deutschen in beiden Staaten zuließ. Man suchte und fand Begegnungen vor allem in kulturellem, sportlichem und gesellschaftlichem Bereich, die Grenzen wurden durchlässiger, die unmenschlichen Folgen der deutschen Teilung gemildert. Neue nachbarschaftliche Beziehungen zwischen Bürgern beider deutscher Städte wurden über die Grenze hinweg möglich.

Heutzutage gibt es über tausend innerdeutsche Städtepartnerschaften, aber diejenige zwischen Recklinghausen und Schmalkalden, die seit September 1989 besteht, gehört zu den rund 60 frühen Beispielen, die noch in die Zeit der deutschen Teilung fallen. Recklinghausen selbst hatte dazu über die Kontakte des DGB zum FDGB der DDR die Initiative ergriffen. Partei- und Staatsführung der DDR teilten Recklinghausen Schmalkalden zu, ein ehemals zu Hessen, erst seit 1945 zu Thüringen gehörendes Städtchen mit alter Tradition eisen- und metallverarbeitender Industrie und einer architekturhistorisch bedeutsamen Altstadt. Doch bereits wenige Wochen nach Inkrafttreten des Partnerschaftsvertrages begannen sich die politischen Verhältnisse grundlegend zu verändern: Der Kommunismus in der DDR brach im November 1990 zusammen, die Berliner Mauer teilte nicht länger die deutsche Hauptstadt, und bald

begann eine neue, demokratisch gewählte DDR-Regierung das Land zu reformieren. Beide deutschen Staaten machten sich auf den Weg zur Einheit, die im Oktober 1990 auf friedlichem und freiheitlichem Weg erreicht war.

Auch für die wenigen damals bestehenden Städtepartnerschaften bedeutete dieser dramatische Umbruch eine enorme Herausforderung. Von Seiten der westdeutschen Kommunen war nun tatkräftige Hilfe beim Neuaufbau der Stadtverwaltungen, bei der Modernisierung der verfallenen Infrastruktur und der Verbesserung der finanziellen Situation der ehemaligen DDR-Städte nötig. Auch Recklinghausen zeigte sich solidarisch und leistete Jahre lang einen erheblichen Beitrag für einen erfolgreichen Neubeginn in Schmalkalden: Seit Juni 1990 wurde mit privaten Geldspenden, öffentlichen Finanzmitteln, der Lieferung von technischen Geräten, mit Bereitstellung von Fahrzeugen und der Unterstützung des Gesundheitswesens eine beachtliche gemeinsame Aufbauleistung vollbracht. Für die Entwicklung einer demokratisch-rechtsstaatlichen Kommunalverwaltung wurden erfahrene Beamtinnen



und Beamte aus Recklinghausen nach Schmalkalden entsendet, wo sie z.T. Monate lang einen wertvollen Dienst verrichteten. Auch heute bestehen vielfältige offizielle und private Kontakte und Freundschaften zwischen Menschen beider Städte: Die Städtepartnerschaft zwischen Recklinghausen und Schmalkalden hat somit einen kleinen, aber respektablen Teil zum Gelingen der deutschen Einheit beigetragen. Beide Städte begehen jedes Jahr am 3. Oktober den Feiertag der deutschen Einheit gemeinsam.

*Recklinghausen und Schmalkalden:
Zwei Kommunen mit alter Wappentradition, seit
1989 in enger Städtepartnerschaft miteinander
verbunden.*

Fotos: Stadt Recklinghausen, Stadt Schmalkalden

Roman Herzog: Präsident des Bundesverfassungsgerichts und erstes Staatsoberhaupt im vereinten Deutschland



Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Recklinghausen, anlässlich der Besichtigung des Porträts von Kunstprofessor Sighard Gille.

Foto: Stadt Recklinghausen

Roman Herzog (geb. 1934) war der siebente deutsche Bundespräsident und amtierte von 1994 bis 1999. Herzog war das erste Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland, das von einer gesamtdeutschen Bundesversammlung zum Präsidenten gewählt wurde. Seine Politik zielte auf eine verstärkte Aussöhnung des vereinigten Deutschland mit seinen östlichen Nachbarn, vor allem mit Polen, Tschechien und mit Russland. Aber auch einer nachhaltigen Erinnerungskultur hinsichtlich des Völkermordes an Juden und anderer Verbrechen des Hitler-Regimes galt sein besonderes Interesse: Bundespräsident Herzog führte im Jahre 1996 den 27. Januar als offiziellen „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“ ein,

denn am 27. Januar 1945 wurde das nationalsozialistische Vernichtungslager Auschwitz, in dem von 1942 bis 1945 über eine Million Menschen getötet wurden, von sowjetischen Soldaten befreit. Der Idee des Bundespräsidenten Herzog folgend werden auch in Recklinghausen jährlich am 27. Januar Projekte und Veranstaltungen von Schulen und Vereinen durchgeführt, die sich mit der Judenvernichtung und anderen Erscheinungsformen der NS-Gewaltherrschaft auseinandersetzen.

Roman Herzog bekleidete schon vor seiner Zeit als Staatsoberhaupt bedeutende Ämter. Als überragender Rechtsgelehrter und Professor für Staats- und Verwaltungswis-

senschaften war er in besonderer Weise geeignet für eine leitende Tätigkeit am Bundesverfassungsgericht: Roman Herzog war von 1987 bis 1994 Präsident dieses einflussreichsten Gerichts der Bundesrepublik Deutschland.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist eines der bedeutendsten Organe der Bundesrepublik. In seiner Zuständigkeit und Rechtsprechung verkörpert sich nämlich in besonderer Weise die Tatsache, dass Deutschland ein Rechtsstaat ist: Rechtswege und Rechtsmittel stehen allen Menschen offen; die Herrschaft des Rechts steht über aller Politik, Anfang und Ende staatlichen und politischen Handelns muss die Wahrung und Anwendung von Frieden und Freiheit, von Menschenwürde, von Recht und Verfassung sein – dies sind und bleiben die wichtigsten Lehren aus den zutiefst verbrecherischen Zuständen in Deutschland von 1933 bis 1945.

Das Bundesverfassungsgericht gibt es seit 1951, es besteht aus zwei Senaten: Der Erste beschäftigt sich mit Verfassungsbeschwerden einzelner Bürgerinnen und Bürger, die in Bezug auf staatliches Handeln ihre Grund- und Menschenrechte verletzt sehen, der Zweite Senat kümmert sich um die Streitfrage, ob ein bestimmtes Gesetz, eine Verordnung oder ein Staatsvertrag den Bestimmungen des Grundgesetzes entspricht. Im Kern geht es beim „Gang nach Karlsruhe“ immer um die Aufgabe, rechtliche Normen und deren Anwendung durch Politik, Staat und Verwaltung auf ihre Übereinstimmung mit den Menschenrechten und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu überprüfen. Die Besonderheit aller Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts besteht im Übrigen darin, dass sie Bindungswirkung für alle Organe des Bundes und der Länder sowie aller Gerichte und Behörden unseres Staates haben.

Im Jahre 2001 beschloss die Stadt Recklinghausen, den Bundespräsidenten a.D. Roman Herzog zu ehren, und zwar mit einem großformatigen Portrait, das der Leipziger Kunstprofessor Sighard Gille zur Ausführung brachte. Seit dem 15. Jahrestag der Deutschen Einheit (3. Oktober 2004) ist das Gemälde im Ratssaal zu betrachten; Bundespräsident a.D. Roman Herzog reiste selbst nach Recklinghausen, um das Bild seiner öffentlichen Bestimmung zu übergeben.

Deutschland und die Europäische Integration

Nach den verheerenden Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges war klar, dass nur die Bereitschaft zu einem engen Zusammenschluss in Europa den Frieden auf Dauer sichern konnte. So ergab sich als Vision ein Europa als gemeinsamer Zivilisationsraum, als Völkerfamilie, als Wertegemeinschaft und Kultureinheit. Von Anfang an zielte das Grundgesetz auf eine enge Einbindung der Bundesrepublik in die europäische Staatengemeinschaft. Die Präambel proklamierte den Willen des deutschen Volkes, in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.

Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 1952 wurden die ersten Weichen für die heutige Europäische Union (EU) gestellt. Die Gründungsmitglieder waren Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Von ihrem Erfolg ermutigt, beschlossen diese sechs Länder, weitere Bereiche ihrer Wirtschaft (wie z. B. die Landwirtschaft) zu integrieren, um Handelshemmnisse zu beseitigen und einen gemeinsamen Markt zu errichten. Im Jahr 1958 gründeten sie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Die Institutionen dieser drei Gemeinschaften wurden im Jahr 1967 vereinigt.

Im Laufe der Zeit traten in mehreren Beitrittsrunden weitere europäische Länder den damaligen Europäischen Gemeinschaften (EG) – bzw., seit dem Vertrag von Maastricht (1993), der Europäischen Union (EU) – bei. Die Europäische Union brachte aber nicht nur die wirtschaftliche und politische Integration in den Jahren nach ihrer Gründung Schritt um Schritt voran, sie erweiterte sich auch geographisch durch Aufnahme neuer Mitgliedstaaten.

Der Vertrag von Lissabon trat am 1. Dezember 2009 in Kraft. Er ändert den Vertrag über die Europäische Union („Vertrag von Maastricht“) sowie den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft („Vertrag von Rom“) ab und schafft einen neuen institutionellen Rahmen, der zum Ziel

hat, die Europäische Union demokratischer, transparenter und effizienter zu machen. Außerdem sollen durch ihn die Kohärenz und Sichtbarkeit des Handelns der EU auf der Weltbühne gestärkt werden. Integration bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Länder in vielen Angelegenheiten gemeinsame Entscheidungen treffen. So legen sie in äußerst unterschiedlichen Bereichen, die von Landwirtschaft über Kultur, Verbraucherschutz, Wettbewerb, Umweltschutz und Energie bis hin zu Verkehr und Handel reichen, eine gemeinsame politische Linie fest.

In Recklinghausen erinnern einerseits der Europaplatz an die Bemühungen um die europäische Integration, andererseits der Dr.-Helene-Kuhlmann-Platz an die Städtepartnerschaften Recklinghausens mit Douai in Frankreich, Preston in Großbritannien, Dordrecht in den Niederlanden, Bytom in Polen, Akko in Israel und Schmalkalden in Thüringen.

Zeichen des geeinten Europas und der Recklinghäuser Städtepartnerschaften: Europaplatz und Dr.-Helene-Kuhlmann-Platz.

Fotos: Stadt Recklinghausen

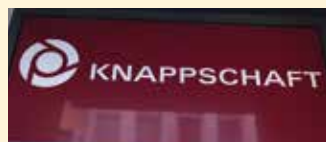


Der „demokratische und soziale Rechtsstaat“

Das Grundgesetz definiert den „demokratischen“ und „sozialen Rechtsstaat“. Die Idee, dass der Ausgleich sozialer Ungleichheiten auch Staatsauftrag sei, entstand angesichts der Verelendung großer Bevölkerungsteile im 19. Jahrhundert.

Es war v.a. sozialistische und christlich-soziale Ideen, die dazu beitrugen: Der Sozialismus griff v.a. auf Vorstellungen der Französischen Revolution zurück, wie Gleichheit und Brüderlichkeit. Er forderte die Gleichheit von Lebenschancen und solidarische Vereinigungen. Während demokratisch und gewerkschaftlich orientierte Parteiflügel sich für eine Reformpolitik zur Verbesserung der Lebenssituation entschieden, lehnte der marxistische Flügel dies radikal ab, da damit der Ausbruch der Weltrevolution verzögert werde. Der Protestant Heinrich Wichern und der Kaplan Adolph Kolping errichteten Sozialeinrichtungen, Kolping sogar im Sinne einer solidarischen und bildungsorientierten Selbstorganisation des Proletariats der damaligen „Gesellen“. Aus der Praxis entwickelten sich die Prinzipien der katholischen Soziallehre (Personalität-Subsidiarität-Solidarität), die die Sozialgesetzgebung bis heute beeinflussen: Der Mensch trägt für sich selbst Verantwortung, übernimmt sie aber auch in einer solidarischen Gesellschaft. Dies geschieht in Familien, dann Solidargemeinschaften, Sozialeinrichtungen, die sich entfalten können. Der solidarische Staat soll sie dabei (subsidiär) unterstützen und die Aufgaben übernehmen, die sie überfordern.

Die Kranken-, Unfall- und Altersversicherungen 1883-93 im Kaiserreich wurden von Kanzler Bismarck zwar aus machtpolitischen Gründen auf



den Weg gebracht, waren aber auch der Durchbruch zu sozialstaatlichen Gesetzen. Die Weimarer Demokratie fügte u.a. Arbeitszeitgesetz, Arbeitslosenversicherung und das bis heute grundlegende Jugendwohlfahrtsgesetz hinzu.

Zu den zentralen Errungenschaften der Bundesrepublik gehören neben dem Ausbau des Versicherungswesen (z.B. dynamische Rente, angebunden an die Lohnsteigerungen, Pflegeversicherung) Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung bei Krankheit, Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetz, Kindergeld, Bafög, Mieterschutzgesetze, Vermögensbildung und Wohnbauförderungsgesetze, zuletzt die Sozialgesetzbücher. Der Staat respektiert die Tarifautonomie von Arbeitgebern und –nehmern, setzt aber Rahmenbedingungen. Dazu gehören z. B. die Festsetzung eines Mindestlohns, Arbeitsschutzgesetze oder das Verbot bei Kartellbildungen von

Großfirmen. Er unterstützt die Trägervielfalt im Bereich der Versicherungen oder bei Sozialeinrichtungen (Kindergärten, Jugendzentren, Krankenhäusern), regelt aber Qualitätsvorgaben. Die Ausgaben des Staates für Sozialausgaben sind ständig gestiegen. Dies ist einer der Gründe, warum es wieder politische Diskussionen um ihre Ausgestaltungen geben wird und geben muss, so z.B. um die Sicherung der Renten in den nächsten Jahrzehnten oder die Form der Förderung und Anforderungen für Arbeitslose und ihre Familien.



Kolping-Denkmal, Sedanstraße bei St. Marien

Fotos: G. Möllers

„Einigkeit und Freiheit“ – ein Land wächst zusammen

Der Beitritt der fünf Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 markierte eine Zäsur sowohl für die „alte“ Bonner Demokratie wie für die Bürgerinnen und Bürger, die sich vom SED-Regime der DDR befreit hatten. Die Herausforderungen betrafen das gesamte Verwaltungs- und Wirtschaftssystem. Die DDR war wirtschaftlich bankrott; viele der planwirtschaftlich geführten Betriebe dem Wettbewerb nun nicht gewachsen. Ihre „Abwicklung“ durch die „Treuhand“ oder der Verkauf an Investoren schufen Unfrieden, denn unproduktive Arbeitsplätze gingen verloren. Umgekehrt ging die Währungsunion 1990 mit Einführung der „harten“ DM zum Umtauschkurs 1:1 vielen „Westdeutschen“ zu weit; ebenso der 1991 eingeführte „Solidaritätszuschlag“ und andere Programme zum „Aufbau Ost“. Sie ermöglichten die unbedingt notwendigen Investitionen vor allem in die marode Infrastruktur (Straßen, Eisenbahn, Brücken, Krankenhäuser, andere Einrichtungen, Gebäude etc.).

Im Gegensatz zu den „Westdeutschen“ hatten die neuen Bürger von 1933 bis 1989 in Diktaturen und damit in obrigstaatlichen Denk- und Unterdrückungsstrukturen leben müssen. Zu den Problemen gehörte deshalb auch der Umgang mit den führenden Parteikadern und dem Staatssicherheitsdienst (Stasi) und ihren noch existierenden „Seilschaften“. Andererseits wurden von den Bürgern nun ständig Mut und Bereitschaft zu eigenen Entscheidungsfindungen verlangt.

Aber bereits nach einem Jahrzehnt lagen führende Staatsämter der Bundesrepublik in den Händen von entscheidungsfreudigen Menschen mit „Ostbiographien“ wie Angela Merkel (2000-2018 CDU-Vorsitzende und ab 2005 Kanzlerin), Wolfgang Thierse (1998-2005 Bundestagspräsident, 2005-2013 Vizepräsident) und Joachim Gauck (2012-2017 Bundespräsident). Ihr biographischer Hintergrund in protestantischen Pfarrhäuser bzw. in der katholischen Minderheit unterstreicht die Rolle der Kirchen bei der Vorgeschichte der „Friedlichen Revolution“. 1989/90

engagierten sich alle drei in der DDR in Reformparteien und wurden 1990 in den gesamtdeutschen Bundestag gewählt.

Joachim Gauck wurde kurz darauf mit der Leitung der nach ihm benannten „Gauck-Behörde“ betraut. *„Sein ruhiges Beharren, dass die Deutschen sich der Wahrheit über die Stasi stellen müssen, machte ihn zum Helden“*, urteilte die New York Times 1991. Als „Bundesbeauftragter“ übernahm er die schwierige Aufgabe, die geheimen Bespitzelungsdokumente der „Staatsicherheit“ der DDR vor der Vernichtung zu bewahren, sie zu ordnen und den Opfern zugänglich zu machen. Aufgrund seiner eigenen Unterdrückungserfahrung verstand er sich als *„Liebhaber der Freiheit“* (Gauck über Gauck) und erwarb sich hier und als Bundespräsident hohes Ansehen. Er trat dafür ein, dieses Grundrecht der



Angela Merkel mit Bürgermeister Pantförder 2013 in Recklinghausen.

(Foto: L. Samson)



„Ins Goldene Buch der Stadt trug sich am Dienstag Joachim Gauck ein. Bürgermeister Jochen Welt (l.) sowie Mitglieder der ev. Akademie und Politiker begrüßten Gauck.“

WAZ 4.3.1998

Straßen-, Gebäudenamen, Skulpturen, Bilder ...

Adenauer, Konrad (1876–1967), Oberbürgermeister Köln 1917–1933, Bundeskanzler 1949–1963, Zentrum, CDU [*Konrad-Adenauer-Platz, Büste im Helene-Kuhlmann-Park*]

Bauer, Anton (1801–1874), Verleger, Vorkämpfer 1848/49 [*Anton-Bauer-Weg*]

Bitter, Wilhelm (1886–1964), Verlagsbesitzer, Oberbürgermeister 1946–1948, Zentrum, CDU [*Wilhelm-Bitter-Platz*]

Bracht, Franz (1809–1853), Bürgermeister 1843–1850, abgesetzt als Revolutionär [*Franz-Bracht-Straße*]

Brandt, Willy (1913–1992), SPD, 1969–1974 Bundeskanzler, Friedensnobelpreisträger [*Willy-Brandt-Haus; Büste im Willy-Brandt-Park*]

Burrmeister, Otto (1899–1966), Mitbegründer der Ruhrfestspiele [*Otto-Burrmeister-Allee, Büste im Festspielhaus*]

Böckler, Hans (1875–1951), SPD, 1949–1951 erster DGB-Vorsitzender [*Hans-Böckler-Straße*]

Ebert, Friedrich (1871–1925), SPD, erster Reichspräsident 1919–25 [*Friedrich-Ebert-Straße*]

Erhard, Ludwig (1897–1977), CDU, Wirtschaftsminister, Bundeskanzler [*Ludwig-Erhard-Allee*]

Heuss, Theodor (1884–1963), FDP, 1949–1959 erster Bundespräsident [*Theodor-Heuss-Gymnasium, Porträts dort und im Rathaus*]

Herzog, Roman (1934–2017), Präsident des Bundesverfassungsgerichts 1987–94, erster gesamtdeutsch gewählter Bundespräsident 1994–1999 [*Porträt im Rathaus*]

Klausener, Erich (1885–1934), Landrat 1919–1924, Ministerialrat im preuß. Innenministerium, Vors. der Kath. Aktion, Mitglied der Zentrumsparlei, 1934 ermordet [*Erich-Klausener-Haus; Erich-Klausener-Straße*]

Kolping, Adolph (1813–1866), Priester, Pädagoge, Publizist, Gründer der Gesellenvereine [*Kolpinghaus, Kolpingstraße mit Erinnerungstafel, Denkmal Sedanstraße*]

Nieberding, Arnold (1838–1912), Leiter der BGB-Kommission, 1893–1909 Reichsjustizminister [*Nieberding-Straße*]

Pape, Heinrich Eduard (1816–1888), Jurist, erster Leiter der BGB-Kommission [*Eduard-Pape-Straße*]

Stein, Karl Freiherr vom und zum (1757–1831), preuß. Minister, Initiator der Städteseלבstverwaltung [*Freiherr-vom-Stein-Gymnasium, Büsten dort und im Rathaus, Porträt Rathaus*]

Scholl, Hans und Sophie (1918/1921–1944), Studenten, Verfasser von Flugschriften, 1944 hingerichtet [*Geschwister-Scholl-Straße*]

Schumacher, Kurt (1895–1952), Reichstags- und Bundestagsabgeordneter, SPD-Vorsitzender 1946–1952 [*Kurt-Schumacher-Allee*]

Stauffenberg, Claus Graf Schenk von (1907–1944), Hitler-Attentäter, hingerichtet am 20. Juli 1944 [*Stauffenbergstraße*]

Stresemann, Gustav (1878–1929), DVP, Reichskanzler 1923, Außenminister 1923–1929, Friedensnobelpreisträger [*Stresemannplatz*]

Weber, Helene (1881–1962), Zentrum, CDU, 1919–1933 Abgeordnete der Weimarer Nationalversammlung, des Reichstages, 1949–1962 des Bundestages [*Helene-Weber-Straße*]

Wichern, Heinrich (1808–1881), evgl. Theologe, Sozialpädagoge, Gründer des „Rauhen Hauses“ [*Heinrich-Wichern-Straße*]

